Lest und studiert:

GEGEN DIE KONTERREVOLUTIONÄREN "LEHREN" DER BOURGEOISIE UND MODERNEN REVISIONISTEN (II):

Die Erfahrungen des bewaffneten Kampfes vom Februar 1934 studieren!

DIE WAFFE DER KRITIK KANN DIE KRITIK DER WAFFEN NICHT ERSETZEN KARL MARX

★ DREI WICHTIGE ARTIKEL AUS DEM JAHR 1934 ÜBER DEN BEWAFFNETEN KAMPF DER ÖSTERREICHISCHEN ARBEITER

★ DIE AKTUALITÄT DER LEHREN DES BEWAFFNETEN KAMPFES VOM FEBRUAR 1934 (VORWORT DER MLPÖ)

MLPÖ

GEGEN DIE KONTERREVOLUTIONÄREN "LEHREN" DER BOURGEOISIE UND DER MODERNEN REVISIONISTEN:

REVOLUTIONÄRE LEHREN DES 12. FEBRUAR 1934

Nein, nicht der bewaffnete Kampf der österreichischen Arbeiterklasse war ein Fehler. Der Fehler bestand darin, daß dieser Kampf nicht organisiert war und nicht auf revolutionäre, bolschewistische Weise geführt würde.
GEORGI DIMITROFF

★ "AUS DER VERGANGENHEIT FÜR DIE ZUKUNFT LERNEN!" (AUS "ROTE FAHNE" DER MLPÖ NR. 149)

★ "BRIEF AN DIE ÖSTERREICHISCHEN ARBEITER" (VON GEORGI DIMITROFF)









Rote Fahne

ARBEITERKLASSE UND VERSTAATLICHUNG

Wir bitten um Bestellung bei: ZENTRALER LITERATURDIENST POSTFACH 582 1150/9 WIEN

MLPÖ

Herausgeber: Marxistisch-Leninistische Partei Österreichs (MLPÖ). Medieninhaber, Verleger und Hersteller: Franz Strobl. Beide 1150 Wien, Goldschlagstraße 56/2. Adresse der Redaktion ebenda. Verlags- und Herstellungsort: Wien.

P.b.b. / Erscheinungsort Wien / Verlagspostamt Wien 1150

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!
Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Rote Fahne

ZENTRALORGAN DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS

Nummer 230 Ausgabe März 1988 S 16,-

FÜNFZIG JAHRE ANNEXION ÖSTERREICHS DURCH HITLERDEUTSCHLAND:

Von Dollfuß-Schuschnigg am Ballhausplatz zu Hitler am Heldenplatz bis Waldheim in der Hofburg führt eine direkte Linie!

Als vor nunmehr 50 Jahren die Truppen Hitlerdeutschlands Österreich überfielen und seine eigenstaatliche Existenz für sieben lange, blutige Jahre auslöschten, führten sie ein Unternehmen zu Ende, das innerhalb Österreichs lange und gründlich vorbereitet worden war - nicht nur von braunen, sondern auch von allerlei andersfarbigen Ratten.

Die 1934 mit den Kanonen des österreichischen Bundesheeres zusammengeschossene und 1938 ohne einen einzigen Schuß von Hitlerdeutschland kassierte Erste Republik ging an einem System zugrunde, dessen Verlogenheit und demagogische Heuchelei ebenso notorisch war wie seine reaktionäre Gewalttätigkeit. Den arbeitenden Menschen wurde Opferbereitschaft, Mäßigung und Zurückhaltung, Besonnenheit und Verzicht gepredigt, während man ihnen alle Lasten eines verrotteten Systems aufbürdete und sich eine dünne Schicht maßlos bereicherte, das Land verschacherte und schließlich die Maschinengewehre und Kanonen auffahren ließ, als die Arbeiterklasse - viel zu spät - für ihre Lebensinteressen in den Kampf trat.

Dieses System und seine Repräsentanten, die den Massen des Volkes nicht nur unendliches Leid, viele Jahre dauernde Massenarbeitslosigkeit, ja totale Ausweglosigkeit bescherten und den Widerstand dagegen blutig niedermachten, tragen auch eine garnicht hoch genug zu veranschlagende Schuld daran, daß die auf Rekordstand getriebene soziale und nationale Demagogie der Nazis schließlich bei großen Teilen des Volkes breitestes Echo fand und auch vorhandene Bedenken und Unsicherheiten bei vielen in kürzester Zeit wegschwemmte. Die warnende Stimme der damals noch revolutionären KPÖ ging in einer Flut antikommunistischen Geschreis unter, an dem sich insbesondere auch die SP-Führer hauptschuldig machten, welche dann die Okkupation Österreichs durch Hitlerdeutschland wärmstens begrüßten.

Der "Patriotismus" des faschistischen Schuschnigg-Regimes aber war nichts als ein reaktionärer Regierungsschwindel zum Betrug an den Massen, im Grunde nur die "grüne", ständestaatliche Spielart der faschistischen Ideologie der Nazis, die sich zunächst nur stärker auf das faschistische Italien Mussolinis orientierte. Mit der chauvinistischen Hetze von der "besonderen Mission" Österreichs als "zweiter deutscher Staat" arbeiteten die Dollfuß und Schuschnigg der großdeutschen "Anschluß"-Propaganda direkt in die Hände. Und vor die Wahl gestellt, gegen die hitlerfaschistische Aggression militärischen Widerstand zu leisten, wozu die Mobilisierung der Volksmassen und die Gewährung minimaler bürgerlich-demokratischer Freiheiten nötig gewesen wäre, oder aber den Nazi-Truppen kampflos die Grenzen zu öffnen, zögerten die reaktionären Machthaber Österreichs nicht, letzteres

zu tun. Indem sie der Einverleibung Österreichs in den "Großraum" Hitlerdeutschlands keinen Widerstand entgegensetzte, sondern sie vollziehen half, bestätigte die österreichische Bourgeoisie ihren durch und durch reaktionären und verfaulten, ihren imperialistischen Charakter sowie ihre Absicht, sich im Gefolge des deutschen Imperialismus auch selbst "gesund zu stoßen".

UND HEUTE?- DIE GLEICHEN TYPEN WIE DAMALS TUN HEUTE IM GRUNDE DAS GLEICHE WIE DAMALS !

Der Eifer, mit dem die Führungen der großen politischen Parteien Österreichs (von Haiders brauner FPÖ garnicht zu reden) am 50.Jahrestag des März 1938 aufs neue versuchen, die Hände ihrer unmittelbaren Vorgänger reinzuwaschen, beweist, wie dick der Schmutz an diesen Händen klebt. Und mehr noch: Ihre gemeinsame Sorge um ein "Gedenken o h n e Schuldzuweisungen" kann eigentlich nur das beklemmende Gefühl erwecken: Die salbungsvollen Redner, denen jetzt die für jeden Anlaß bereitliegenden hohltönenden Phrasen so ölig von den Lippen und aus der Feder fließen, würden im Ernstfall ganz genauso reagieren wie ihre politischen und geistigen Väter vor 50 Jahren.

Diese Herrschaften begehen den 50.Jahrestag der hitlerfaschistischen Annexion Österreichs - für die sie nach wie vor die verlogene Hitler-Formel vom "Anschluß" verwenden - nicht zufällig mit einer gesamtösterreichischen " S c h w e i g e minute", ja begründen dieses betretene Schweigen sogar ausdrücklich damit, daß zuviel reden "bloß Gräben aufreißen" würde. Das ist bezeichnend ! Denn es ist ja nicht nur eine einzelne, an der Spitze dieses Staates und Landes stehende Schandfigur, die zum offiziellen "Festakt" (!) reden zu lassen man lieber nicht wagt, sondern sie alle miteinander, b e i d e Regierungsparteien sind so zutiefst in Schuld verstrickt, daß ihnen gemeinsames Schweigen noch am günstigsten erscheint.

Den Mantel des offiziellen Schweigens über alles zu breiten, was da geschehen ist, was da von ihresgleichen, ihren politischen Hervorbringern, zum Teil sogar von ihnen selbst v e r b r o c h e n worden ist, das scheint ihnen die günstigste Methode, die Mahnungen der Vergangenheit und Gegenwart zu "bewältigen" !

Wie ist es denn heute, nach fast 43 Jahren Existenz der Zweiten Republik ? Nicht anders als in den 20er und 30er Jahren zeigt jeder Tag mehr, daß jeder von denen da oben rücksichtslos drauflos profitiert und am großen Ausverkauf teilnimmt nach der Devise des Habsburgertrottels vom Vormärz: "Mich und den Metternich halts schon noch aus !". Lügen, Betrugsmanöver, Schwindelaffären und Verbrechen aller Art, die bald tagtäglich auffliegen, gehören dabei zum "gewöhnlichen" politischen und Geschäftsalltag eines bei lebendigem Leibe verfaulenden kapitalistischen Ausbeutersystems, das für den Profit jederzeit auch über Leichen geht.

Wie in den 20er und 30er Jahren ist das alles begleitet von einer immer höher steigenden, vom bürgerlichen Staat und seinen Politikern ausgehenden Schmutzwoge des übelsten Antisemitismus, der Schürung des Ausländerhasses, des Chauvinismus und Rassismus gegen ausländische Werktätige und nationale Minderheiten, die vielfältigen Diskriminierungen ausgesetzt sind.

Und wie in den 20er und 30er Jahren lassen die Nutznießer und Sachwalter der in Österreich heute bestehenden Ausbeuterordnung alle ihre Pfaffen mit und ohne Kutte auf das Volk los, um dieses zu betören, doch um jeden Preis, komme was da wolle, friedlich und freundlich zu bleiben und um Gottes Willen jeglicher Gewalthandlung zu entsagen, während sie fieberhaft an der Aufblähung, Perfektionierung und Aufrüstung des staatlichen und privaten Gewaltapparats arbeiten, der ihre Vorrechte und ihre Macht notfalls wie im Jahr 1934 auch unter Einsatz von blutigster Waffengewalt sichern soll.

Die Dollfuß-Schuschnigg-Faschisten unterstützten aktiv die imperialistische Aggression Mussolini-Italiens gegen Abessinien (Äthiopien), wohin sie auch österreichische "Freiwillige" entsandten. Und heute ? Österreichische Waffen werden im reaktionären Krieg zwischen Iran und Irak auf beiden Seiten eingesetzt, mit österreichischen Panzern werden aufbegehrende Arbeiter und Bauern in Bolivien und anderswo blutig niedergemacht und niedergehalten - gerade auch im Interesse der Sicherung maximaler Profite für den österreichischen Imperialismus, für das österreichische Finanzkapital.

Und nicht zuletzt suchen die kapitalistischen Machthaber Österreichs heute wieder den "Anschluß" an den europäischen "Großraum", außerhalb dessen Österreich - wieder einmal - "nicht lebensfähig" sei. Tatsächlich bedeutet das nichts anderes als den erneuten "Anschluß" an den wiedererstarkten westdeutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus, der in der EG bereits die erste Geige spielt und mit aktiver Unterstützung und Förderung durch die hierzulande Herrschenden in den letzten Jahren und Jahrzehnten den wirtschaftlichen "Anschluß" Österreichs bereits in einem Ausmaß vollzogen hat, das den Stand in den 30er Jahren schon übertroffen hat !

Nein, das pseudodemokratische Wortgeklingel der Demagogen, die sich heute als allzeit getreue, niemals schwankende Vorkämpfer von Österreichs Freiheit und Unabhängigkeit aufspielen, kann und darf nicht vergessen machen:

Die heute hier Herrschenden sind die direkten politischen Blutsbrüder und Fortsetzer der Bande, die Österreich in den 30er Jahren an Nazideutschland ausgeliefert hat. Sie haben nichts gelernt, sie können und wollen das auch garnicht, weil es ihren Ausbeuterinteressen entgegenstehen würde. Sie tun daher heute im Prinzip haargenau das gleiche wie 1938, lediglich den geänderten Verhältnissen entsprechend modifiziert !

DIE LÜGE VON ÖSTERREICH ALS BLOSSEM OPFER DER HITLERFASCHISTISCHEN AGGRESSION DIENT DEN HERRSCHENDEN !

Ausgerechnet jene, welche mit allen Mitteln rechtfertigen, im Raubkrieg der faschistischen deutschen Armee ihre "Pflicht" erfüllt zu haben, berufen sich häufig demagogisch auf die Moskauer "Deklaration über Österreich" der Außenminister der UdSSR, der USA und Großbritanniens, worin 1943 festgestellt wird,

"daß Österreich, das erste freie Land, das der Hitlerschen Aggression zum Opfer gefallen ist, von der deutschen Herrschaft befreit werden muß."*

Die Berufung darauf dient diesen Herrschaften ausschließlich dazu, jede Schuld und Mitschuld von Österreichern an den Verbrechen der Hitler-Wehrmacht abzustreiten und von sich zu schieben mit dem Hinweis: "Wendet Euch an die Deutschen, wir sind ja selbst überfallen worden !". Auf diese Weise wurden auch viele Schadensersatzansprüche hinterhältig abgeschmettert, für deren Erfüllung selbstverständlich weitergekämpft werden muß !

Der reaktionäre Trick besteht darin, nichts über die zentrale Bedingung zu sagen, mit der die zitierte Einschätzung der "Deklaration" von 1943 verknüpft ist, von der sie überhaupt abhängt:

"Österreich wird jedoch darauf aufmerksam gemacht, daß es unweigerlich die Verantwortung für die Teilnahme am Krieg auf seiten Hitler-Deutschlands zu tragen hat, und daß bei einer endgültigen Regelung unbedingt ins Gewicht fallen wird, wieviel es selbst zu seiner eigenen Befreiung beiträgt."*

Leider hat das Volk Österreichs diese Bedingung nur äußerst minimal erfüllt. Lediglich die slowenische Bevölkerung Kärntens (die heute bezeichnenderweise besonders unterdrückt und im Gefolge Hitlers zwangsassimiliert wird !) und einige isolierte, unter der Führung der österreichischen Kommunisten stehende Abteilungen führten einen bewaffneten Kampf gegen die Hitlertruppen.

Folglich darf nicht verschwiegen werden, daß es eine massive Mitschuld großer Teile des österreichischen Volkes natürlich gab. Die zwiespältige Lage Österreichs als eines gleichzeitig unterdrückten und unterdrückenden, eines zugleich ausgeplünderten und ausplündernden Landes haben die Völker Europas sehr genau gesehen und im Gedächtnis behalten, weil sie die Beteiligung Österreichs an den faschistischen Verbrechen nicht nur durch die zahlreichen österreichischen Kommandanten und SS-Führer zu spüren bekamen, sondern auch durch die "einfachen" zwangsrekrutierten Österreicher in deutschen Uniformen, welche den Raubkrieg des deutschen Imperialismus

* Dokumentensammlung "Sowjetpolitik gegenüber Österreich". Wien 1947, Verlag "Österreichische Zeitung".

In Graz wurde während des Hitlerfaschismus der fünfundzwanzigjährige Lehrer, Genosse Ernst Zach, Mitglied der KPÖ, hingerichtet. Das nachfolgende Gedicht verfaßte er in einer Zelle, in Erwartung der Vollstreckung des Todesurteils. Da er es nicht zu Papier bringen konnte, telegraphierte er es mittels Morseklopfzeichen einem Zellennachbar, der es auf einige Blättchen Zigarettenpapier niederschrieb und hinausschmuggelte.

ICH HABE AM ENDE DOCH GESIEGT

Was soll ich um mein Leben rechten?
Ich hab' gewagt,
Hab' nicht gefragt,
Ob's gut ist, wenn man alles wagt,
Und ob die Taten Zinsen brächten.

Bequemer wäre es gewesen,
Den Kopf zu senken,
Klug zu lächeln,
Die Knie verrenken,
Demut fächeln
Und kein verbotnes Buch zu lesen.

So leben manche hundert Jahre,
Das heißt — sie schlängeln sich dahin!
Gegönnt sei ihnen ihr Gewinn
Und eine schöne Totenbahre.

Die Stunden vorher und die Tage,
Nicht ihre Zahl, nur ihr Gehalt
Läßt trotzen jeglicher Gewalt,
Gibt Kraft uns in der schwersten Lage!

Ich habe heute viel verloren
Und ich verlier' auch noch den Kopf;
Doch tauscht' ich nicht mit einem solchen Tropf
Und würd' ich noch einmal geboren.

Die Möglichkeit stand häufig offen,
Sich wirklich weich und gut zu betten,
Den eignen, schönen Kopf zu retten
Und auf Beförderungen hoffen.

Ich bin den andern Weg gegangen.
Verzeiht, es tut mir gar nicht leid,
Obwohl es elend steht zur Zeit!
Ich werd' nicht um mein Leben bangen.

Ich wußt', wozu ich es verwende,
Bedachte, was mein Glaube wiegt,
Und wenn ich auf der Richtstatt ende,
I c h hab' am Ende doch g e s i e g t !

mitmachten und dabei ihre Funktion uneingeschränkt erfüllten.

Eine solche Mitschuld, welche im einzelnen noch genauer differenziert betrachtet werden müßte, kann unter keinen Umständen ohne Folgen bleiben und ist es im Falle Österreichs auch nicht geblieben. Das arbeitende Volk hat sie seit fast einem halben Jahrhundert entsetzlich teuer bezahlen müssen und zahlt weiter an ihr !

Es bezahlte sie zunächst dadurch, daß buchstäblich alle die großen Chancen von 1945 restlos vertan wurden, ungenutzt verloren gingen ! Es bezahlt sie auch heute mit immer neuen reaktionären Exzessen, die mit der Wahl Waldheims immer neue Höhepunkte erreichen, mit dem immer unverschämteren Hervortreten des Antisemitismus, dessen ärgste Äußerungen höchstens noch als Art "Ungeschicklichkeit" oder als Art Kavaliersdelikt "gerügt" werden (so kann z.B. ein Braunredner wie Graff weiterhin den Vorsitz im parlamentarischen Justizausschuß einnehmen !).

Die Massen zahlen diese Mitschuld aber auch mit dem Verlust bzw. der Nichtexistenz jeglicher erstzunehmenden Vertretung ihrer eigenen Interessen. Dadurch sind sie gelähmt und wehrlos gemacht, während die an den Quellen Sitzenden hemmungslos ihre Taschen vollstopfen und das arbeitende Volk ausplündern können, ohne auf energischen Widerstand zu stoßen.

Alles das stempelt Österreich heute in den Augen der Völker der Welt zu einem der finstersten Horte der Reaktion und übt auf das österreichische Volk, auf das sich dieser ganze reaktionäre Dreck tagtäglich ergießt, eine moralisch und politisch äußerst verheerende Wirkung aus.

Manchmal wird gesagt, daß das Volk die Regierung hat, die es verdient. Das stimmt natürlich keinesfalls bei einem um seine Rechte und Interessen energisch kämpfenden Volk. Aber es stimmt wohl bei einem, das sich alles oder fast alles gefallen läßt ! Und auch insofern führt eine wenn auch nicht gerade, so doch direkte Linie von der 1938 erfolgten Übereignung des ganzen Landes auf dem Servierteller an Hitler-Deutschland, von den damaligen beifallklatschenden und jubelnden Menschenmassen auf dem Heldenplatz und sonstwo, zu einem Waldheim als dem heutigen ersten Repräsentanten dieses Landes.

SOLL MAN DIESES LAND AUFGEBEN, ABSCHREIBEN ?

Eine solch ungeschminkte Einschätzung der Lage und des Bewußtseins der Volksmassen hat wirklichen Revolutionären nie dazu gedient, alle Hoffnungen fahren zu lassen, sondern muß Stachel und Ansporn sein, eine so unerträgliche Situation mit aller Kraft zu ändern. Die Erfahrung des Hitlerfaschismus, die Haltung der Mehrheit des österreichischen Volkes damals, muß für die werktätigen Massen heute eine Unterstreichung der Verpflichtung sein, sich anders zu verhalten, sich frühzeitig und energisch gegen



„Er hat mir's doch befohlen!"

Ausbeutung und Unterdrückung zu erheben. Denn die gesellschaftliche Grundlage des Dollfuß-Schuschnigg- und des Hitlerfaschismus, nämlich der Kapitalismus, besteht in Österreich ungebrochen weiter, der Faden der Geschichte wurde noch nicht durchschnitten. Die Bevölkerung in Österreich lebt mit diesen Verhältnissen, die nicht nur die Ausbeutung und Unterdrückung der werktätigen Massen hier, sondern nach wie vor die Ausplünderung und Versklavung anderer Völker enthalten, die Ermordung von Freiheitskämpfern in anderen Ländern mit Hilfe österreichischer Waffen, von österreichischen Arbeitern produziert und versandt.

Und solange der österreichische Imperialismus nicht zerschlagen wurde, hat jede unter seiner Herrschaft heranwachsende Generation auch die Tradition des Hitlerfaschismus nicht zerbrochen, sondern lebt mit der Tatsache des Weiterexistierens und Wirkens seiner Grundlagen, und sie muß konfrontiert werden mit ihrer eigenen Mitverantwortung und Mitschuld an den Verbrechen der herrschenden imperialistischen Bourgeoisie, die heute von der Mehrheit der werktätigen Massen in Österreich nicht bekämpft werden.

Das Bewußtmachen einer solchen Mitverantwortung und Mitschuld und der ungebrochenen Tradition von damals bis heute ist also nicht einfach die Frage eines abgehobenen bloßen "moralischen Appells", sondern verpflichtet alle, die darüber wissen, hart zu arbeiten und zu kämpfen, um die vom ganzen kapitalistischen System niedergedrückten und passiv gehaltenen, systematisch auch moralisch an die Imperialisten geketteten Massen aufzurütteln, bewußt zu machen und für den dringend nötigen Kampf für ihre Gegenwarts- und Zukunftsinteressen zu organisieren.

Dabei finden wir eine starke Kraftquelle im Beispiel jener Minderheit der besten Frauen und Männer auch unseres Volkes, welche nicht mithalfen, hunderte und tausende Menschen in den Tod zu schicken, um die eigene Haut zu retten, und die nicht erst am Ende des Krieges ihre "oppositionelle Haltung" entdeckten, um in günstige Startpositionen für neuen bürgerlichen Betrug in der Nachkriegsperiode zu gelangen. Wirkliches Vorbild können nur die Menschen sein, die nicht zögerten, 1934 dem Faschismus mit der Waffe in der Hand entgegenzutreten, die auf den Schlachtfeldern Spaniens kämpften, in den Bergen Kärntens, der Steiermark oder des Salzkammerguts, welche in der Rüstungsindustrie Hitlers Kriegsproduktion sabotierten, den Widerstand auch in den KZs fortsetzten, Menschen wie Karl Münichreiter, Ernst Burger, Alfred Klaar, Hedy Urach und unzählige unbekannte Heldinnen und Helden überall auf der Welt.

DIE VERJAGUNG WALDHEIMS GENÜGT NICHT !

In der Figur Waldheims verkörpern sich konzentriert die dunkelsten Seiten der Vergangenheit Österreichs: Von der Rechtfertigung des Arbeitermordes von 1934, vom "Ständestaat" des Heimwehr-Faschismus bis zur unbedingten "Pflichterfüllung" in Hitlers faschistischer Armee, in deren Reihen Waldheim als Stabsoffizier im engsten Kreis des hingerichteten Kriegsverbrechers Löhr und anderer nazistischer Mörder bei der Durchführung der Ausrottungspolitik, beim wahnwitzigen Griff des deutschen Imperialismus nach der Weltherrschaft mitwirkte - beim Überfall auf das Sudetenlands, die UdSSR, Frankreich, Griechenland, Albanien und Jugoslawien.



Waldheim (rechts), 1944 Stabsoffizier des 1947 hingerichteten Kriegsverbrechers Löhr (3.v.r.)

In Waldheim personifiziert sich die ungebrochene Tradition und Kontinuität reaktionärer Herrschaft in diesem Land. Hervorgekrochen aus dem grünfaschistischen Brutofen der Dollfuß-Schuschnigg-Diktatur schaffte er spielend den Übergang zur Karriere eines hitlerfaschistischen Stabsoffiziers und kratzte dann 1945 ebenso spielend die Kurve zum Politiker der "demokratischen Republik", um schließ-



Waldheim 1987, Oberbefehlshaber des Bundesheers beim Manöver "Wintersturm"

lich sogar den Salto in die Hofburg zu schaffen - immer obenauf, immer unter den Nutznießern und Ausübenden der herrschenden Macht und niemals unter deren Opfern, stets unter den Siegern und an der Quelle von Macht und Reichtum. Waldheim und seinesgleichen hatten und haben keine Vergangenheit "aufzuarbeiten" und zu "bewältigen", weil doch gerade ihre aktive Beteiligung an den Verbrechen der jeweiligen Machthaber, ihre notorische Massenverachtung, ihre absolute reaktionäre Hemmungslosigkeit der eigentliche Schlüssel ihrer Karriere, die entscheidenden Sprossen ihrer Erfolgsleiter sind - und das gilt im Prinzip für alle Nutznießer und Repräsentanten des kapitalistischen Ausbeutersystems, auch wenn sie zeitweilig in die Ungnade dieses oder jenes Regimes gefallen sein mögen.

Ein Waldheim als Bundespräsident ist tatsächlich eine unerträgliche Provokation für alle Antifaschisten, ein Schlag ins Gesicht für die Kämpfer gegen den grünen und braunen Faschismus, eine kaum mehr zu überbietende Verhöhnung der Millionen von den Nazis Ermordeten. Mit ihrem durchaus unmißverständlichen Bekenntnis zur "Pflichterfüllung" in der Nazi-Armee beschimpft und verunglimpft diese Kreatur alle Kämpferinnen und Kämpfer gegen das Hitlerregime zumindest als Pflichtverletzer, ehrlose Gesellen, Vaterlandsverräter, verächtliche Schädlinge usw.

Der Kampf gegen diese Kreatur ist notwendig und gerecht und darf keinesfalls auf verbale "Proteste" beschränkt werden.

Allerdings stellt sich heraus, daß diese Kreatur nicht nur eine ungeheuerliche Provokation gegen das arbeitende Volk ist, sondern zunehmend auch ein Problem für die hier Herrschenden wird. Waldheim kann das eminente demagogische Interesse der Herrschenden an einer "Integrationsfigur" nicht befriedigen, er ist umgekehrt ein Sprengklotz. Zugleich schafft Waldheim als Präsident vor allem auch nach außen für die herrschende Klasse eine nur sehr schwer erträgliche Situation, gefährdet ihre Märkte und entzieht ihr Milliardengeschäfte. So wird auch in der Bourgeoisie die Tendenz stärker, die ihn weghaben will.

DIE HALTUNG DER HEUTIGEN SOZIALIMPERIALISTISCHEN UDSSR IST JENER DER SOZIALISTISCHEN SOWJETUNION LENINS UND STALINS DIAMETRAL ENTGEGENGESETZT !

In den bürgerlichen Medien wird immer wieder die profaschistische Lüge verbreitet, daß ebenso wie die Westmächte auch die Sowjetunion die Okkupation Österreichs durch Hitlerdeutschland stillschweigend geduldet hätte und daß bloß das kleine Mexiko eine Ausnahme gebildet hätte. Das ist jedoch eine infame Lüge, denn die sozialistische UdSSR Stalins hat nicht nur zu verschiedenen Gelegenheiten gegen die faschistische Annexion Österreichs protestiert, sondern auch zuvor und danach - in der Richtung einer militärischen Anti-Hitler-Koalition - wirkungsvolle Maßnahmen gegen die faschistischen Aggressoren gefordert.

Am 17.März 1938 gab der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, Litwinow, gegenüber Vertretern der Presse eine Erklärung ab, in der die "militärische Annexion Österreichs" angeprangert wird und festgestellt wird, "daß das österreichische Volk seiner politischen, ökonomischen und kulturellen Unabhängigkeit beraubt wurde."

In der 1938 vom ZK der KPdSU(B) gebilligten "Geschichte der KPdSU(B), Kurzer Lehrgang" heißt es:

"Österreich gehörte weder vor noch nach dem Kriege zu Deutschland. Der g e w a l t s a m e Anschluß Österreichs an Deutschland bedeutet eine brutale imperialistische Annexion fremden Territoriums." (S.414, Sperrung im Original)

Die damalige sozialistische UdSSR war eine mächtige Bastion der internationalen Arbeiterklasse und unterjochten Völker im Kampf für nationale und soziale Befreiung. Die heutige UdSSR, in der nach dem Tod Stalins die modernen Revisionisten die Macht an sich gerissen und den Kapitalismus restauriert haben, ist dagegen selbst wieder ein Teil des Weltimperialismus geworden. Von dieser imperialistischen Großmacht gehen heute selbst nur Bedrohung, Unfreiheit und Unterdrückung aus, wie sich 1968 bei der Aggression gegen die CSSR, in Afghanistan, Eritrea usw. deutlich gezeigt hat.

Auch die heutige revisionistische "K"PÖ verbindet mit der heldenhaft kämpfenden revolutionären KPÖ von damals nur noch der Namen. Mit ihrem allseitigen Verrat am Marxismus-Leninismus, der konzentriert in der Propaganda des "friedlichen Wegs zum Sozialismus" zum Ausdruck kommt, hat sich die Muhri-Partei in eine Agentur der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung verwandelt, die zugleich den russischen Sozialimperialisten dient und als deren Papagei in Österreich in Erscheinung tritt.

Da die hinter dieser Tendenz stehenden Interessen der herrschenden Bourgeoisie natürlich keineswegs identisch sind mit denen der Werktätigen, wäre es fatal, sich zum kritiklosen Mitschwimmer und Spielball einer Kampagne zu machen, die im Grunde bloß auf besseres Funktionieren des Systems abzielt, auf Wiederherstellung seiner Reputation, auf neuerliches "Glaubwürdigmachen" seiner notorischen Heuchelei und Demagogie !

Die Wahl Waldheims ist in Wirklichkeit ja nur ein S y m p t o m für die ganzen hierzulande bestehenden Verhältnisse.

Die Inthronisation dieser Skandalfigur ist keineswegs ein unglücklicher Schicksalsschlag, ein historisches Malheur. Nein, unvergleichlich schlimmer: Die Katapultierung Waldheims in die Hofburg ist eben kein Zufall, eben kein bloßes historisches Mißgeschick, sondern ein geradezu logisches, folgerichtiges Ergebnis der in Österreich seit über 40 Jahren bestehenden Verhältnisse, der seit über 40 Jahren dominierenden Politik, das vorläufig letzte Glied einer langen, in sich geschlossenen Kette ! Daß eine solche Sumpfblüte aufsteigen konnte, dazu bedurfte es eines entsprechenden Sumpfes !

Ein Teil der in Österreich das Szepter schwingenden Kräfte versucht mit viel Gejammer über das "Unglück" mit der "Causa Waldheim" von all dem anderen abzulenken, was gegenwärtig in diesem Land getrieben wird. Aber das sind nicht voneinander isolierte, sondern unmittelbar zusammenhängende Dinge. Die ganze laufende Politik des Brotkorb-höher-hängens und des Gürtelenger-schnallens für das arbeitende Volk, die Politik der Massenentlassungen, des Sozialabbaus, der weiteren Verelendung der ausgebeuteten Klein- und Mittelbauern, der "Gesundschrumpfung" und "Sanierung" der verstaatlichten Industrie auf dem Rücken der Arbeiterschaft, die ganze hier herrschende, garnicht mehr versteckt auftretende, sondern immer unverschämter auftrumpfende Mißwirtschaft, Fäulnis und Korruption, im Zusammenhang damit die systematische Aufpäppelung der braunen Haiderpartei und aller möglichen faschistischen Ratten, die zunehmenden Polizeirepressionen usw. usf. - all das und der Aufstieg des Waldheim sind voneinander nicht zu trennen, gehören zusammen.

Gab es denn bloß zufällig einige Zeit zuvor den brüderlichen Händedruck eines Ministers von SPÖ-Gnaden für den Massenmörder Reder ?

Ist es Zufall, wenn jetzt der "heimgekehrte" Bartesch sorgsam geschützt wird, statt ihn als KZ-Mörder vor Gericht zu stellen ?

Kommt es von ungefähr, daß "ehrenwerte Leute" wie Hödl, Graff, Gruber und andere in führenden Positionen das braune Gift des Antisemitismus im Stil des Nazi-"Stürmer" verspritzen können ?

Ist es vielleicht gar ein Zufall, daß nach 1945 von sämtlichen bürgerlichen Parteien eine Politik der totalen Umarmung und Rehabilitierung der Nazis betrieben worden ist, daß die von Kreisky gebildete Alleinregierung die am meisten mit ehemaligen Nazis durchsetzte Regierung der 2.Republik war und gleichzeitig praktisch alle Verfahren wegen NS-Verbrechen eingestellt worden sind ?

Wie ungeheuer verlogen und demagogisch sind doch jene, die buchstäblich alles nur mögliche getan haben, Österreich auf diesen verhängnisvollen Weg zu bringen und immer tiefer zu stoßen, jetzt aber plötzlich über den Waldheim erschrecken, der nicht zuletzt ihr eigenes Erzeugnis ist. Wie klagte doch der ach so "linke" Hindels: Noch nie in der ganzen Geschichte der österreichischen Republik habe ein Politiker, geschweige denn ein Bundespräsident dem Land und seinem Volk so entsetzlichen Schaden gemacht wie Waldheim. In Wirklichkeit gilt die Sorge der Hindels und seinesgleichen nur der Wahrung des äußeren Scheins. Das zeigt die Tatsache, daß diese Leute geflissentlich "übersehen", daß z.B. auch ein Kirchschläger noch in den letzten Kriegstagen 1.200 Kinder in den "Endkampf" des Hitlerfaschismus hetzte, daß sie beide Augen fest zudrückten, als Kreisky gezielt den SS-Peter hochgepäppelt und salonfähig gemacht hat. Waldheim als Bundespräsident übertrifft wirklich in vieler Hinsicht die ihm vorausgegangenen Kreaturen, die sich am Schweiß und Blut des arbeitenden Volkes mästeten, ihm das Blut aussaugten, noch um etliches - aber bitte, wer hat dieser Figur denn die Startbahn gebaut, wer hat den Nährboden bereiten geholfen, aus dem ein solcher Giftpilz hervorbrechen konnte ? War Waldheim nicht sogar eine Erfindung von Kreisky persönlich ?!

NUR EIN SOZIALISTISCHES ÖSTERREICH EINER REVOLUTIONÄREN ARBEITERMACHT KANN EIN WIRKLICH "ANDERES ÖSTERREICH" SEIN !

Die Wahl Waldheims, das verstärkte Hervortreten der faschistischen Banden, das erschreckende Hervorbrechen des Antisemitismus, der Ausländerfeindlichkeit usw. ist nicht nur Ausdruck dessen, daß in Österreich nach 1945 in den Schulen, in der Politik, im öffentlichen Bewußtsein die faschistische Vergangenheit nicht "aufgearbeitet" wurde. Entscheidend ist vielmehr, daß in Österreich jene Verhältnisse nicht beseitigt worden sind, welche diesen ganzen reaktionären Dreck unvermeidlich und immer wieder von neuem hervorbringen.

Das Jahr 1945 brachte unserem Volk zwar die Befreiung vom Hitlerfaschismus, aber nicht die Befreiung von jenen kapitalistischen System, das nicht nur Ausbeutung und Unterdrückung der Massen und Riesenprofite für eine kleine Herrenschicht bedeutet, das nicht nur empörende und weiter zunehmende soziale Ungerechtigkeit bringt, und Krisen und Kriege in sich trägt wie die Wolke den Regen, sondern aus dem auch seinerzeit der Faschismus hervorging - und aus dem er neuerlich hervorgehen wird, wenn die herrschenden Klassen mit ihrem parlamentarischen Latein am Ende sind und die werktätigen Massen mit dem Proletariat an der Spitze das nicht verhindern, noch nicht genügend bewußt und organisiert sind, um die proletarische Revolution durchzuführen.

Gegenüber den Kämpferinnen und Kämpfern des Februar 1934, gegenüber allen Opfern des grünen und braunen Faschismus, gegenüber dem Genossen Ernst Kirchweger, dem ersten Opfer des faschistischen Terrors in der Zweiten Republik, gegenüber den von österreichischen Kanonen und Granaten im Irak, Iran und anderswo Zerfetzten, gegenüber allen, die im Kampf gegen Faschismus und Imperialismus ihr höchstes Gut, ihr Leben gaben, gegenüber den ureigensten Interessen der Arbeiterklasse gibt es keine höhere und dringendere Pflicht als den hingebungsvollen Kampf für den Sturz dieses ganzen verfluchten Ausbeutersystems, für die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparats durch die bewaffneten Volksmassen in der gewaltsamen sozialistischen Revolution, für eine wirkliche Diktatur des Proletariats, welche für die breiten Massen die proletarische Demokratie verwirklicht, während sie die Faschisten, Reaktionäre und Ausbeuter niederhält, für den Aufbau des Sozialismus und Kommunismus.

Gerade auch am 50.Jahrestag der Annexion Österreichs durch Hitlerdeutschland bekräftigen wir als Marxisten-Leninisten Österreichs unsere Entschlossenheit, eine wirklich bolschewistische Partei des Proletariats aufzubauen, welche auf dem von Marx, Engels, Lenin und Stalin gewiesenen Weg den Kampf für dieses befreiende Ziel voranführt.

DER SCHOSS IST FRUCHTBAR NOCH, AUS DEM DAS KROCH !

NIEDER MIT DEM KAPITALISMUS !

TOD DEM FASCHISMUS !



Die "Todesstiege" im KZ Mauthausen

ZUM VÖEST-"WAFFENSKANDAL":

FÜR DEN PROFIT DER REICHEN GEH'N SIE ÜBER LEICHEN !

Die VÖEST-"Waffenaffäre" ist ein weiteres Beispiel für den verbrecherischen Charakter und die Fäulnis des in Österreich herrschenden Ausbeutersystems, für die grenzenlose Verlogenheit seiner Repräsentanten.

Als vor zirka zwei Jahren die ersten Meldungen über VÖEST-Waffenlieferungen in die Öffentlichkeit gelangten, stritten die VÖEST- und Regierungsvertreter die Existenz dieser Waffenlieferungen vehement ab. Der damalige Außenminister Gratz ließ am 28.August 1985 durch seinen Pressesprecher mitteilen, es gebe überhaupt kein geplantes Kanonengeschäft, weder mit dem Iran noch mit Libyen ! Der seinerzeitige Bundeskanzler Sinowatz, ausgerechnet er, bezeichnete alle Behauptungen über verbotene Kanonenlieferungen an den Iran als "Lügen". Die Linzer Staatsanwaltschaft stellte im Frühjahr 1986 die Untersuchungen ein, da "keine Anzeichen für illegale Waffengeschäfte mit dem Iran gefunden" worden seien. Die VÖEST erklärte alle Meldungen darüber als "alte, längst widerlegte Aussagen" (eine Methode, der sich dann auch Waldheim stereotyp bediente).

Als der österreichische Botschafter in Griechenland im Juli 1985 wegen der Kanonengeschäfte der VÖEST mit dem Iran drei Telexe an die österreichische Bundesregierung sandte, mußte er das mit dem Leben bezahlen. Amrys Telexe werden von Sinowatz, Gratz und Blecha sorgfältig verheimlicht und die näheren Umstände des Todes von Amry, die einen Mord wahrscheinlich machten, wurden kaum näher untersucht.

Im Sommer 1987 flog dann allerdings unwiderlegbar auf, daß zumindest seit mehr als zwei Jahren jede Menge VÖEST-Kanonen GHN 45 ganz direkt von der staatseigenen Linzer Waffenschmiede in den Iran gingen, zur Verwendung im Krieg zwischen Iran und Irak. Nun sahen sich die Drahtzieher und Nutznießer der Waffengeschäfte gezwungen, ihre Linie der Vertuschung kosmetisch zu verändern: Jetzt erklärten all jene, welche kurz zuvor alles und jedes lügnerisch "dementiert" hatten, daß es hinter ihrem Rücken geschehen sei, daß sie und die "strengen Waffenausfuhrgesetze" von einigen wenigen Rüstungsmanagern heimtückisch hintergangen worden seien, daß ihr Vertrauen mißbraucht worden sei usw. Ja, nicht einmal der VÖEST-Vorstand sei von Unterweger informiert gewesen. Lewinsky habe nichts gewußt, niemand außer den zwei oder drei schlimmen Managern der zweiten Ebene habe was davon geahnt.

Diese scheinheiligen Beteuerungen sind an sich schon lächerlich angesichts des riesigen Ausmaßes der Waffengeschäfte. Es sagt einem schon der gesunde Menschenverstand, daß Geschäfte in solch gigantischem Maßstab, bei denen es um Milliarden geht, wo politische Kontakte und "Absicherungen" eine zentrale Rolle spielen, wo allein "Provisionen" und Schmiergelder von mehreren hundert Millionen Schilling bezahlt werden, direkt von "ganz oben" initiiert und eingefädelt wurden. Es ist ganz klar, daß dies von dieser ehrenwerten Gesellschaft nie und nimmer offen zugegeben wird.

Jedes weitere "Bohren" in dieser Sache ist ihnen zuwider. Das reaktionäre Interesse an der Vertuschung ist so stark, daß selbst die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses von der SPÖ, ÖVP und FPÖ wahrhaft einmütig abgeschmettert wurde.* Einen Untersuchungsausschuß wie er z.B. in den USA wegen der "Irangate"-Affäre eingesetzt wurde, um den Schein der Rechtsstaatlichkeit zu wahren, haben die Sachwalter des Kapitals hierzulande schon garnicht nötig.

In Wirklichkeit geht es wesentlich aber auch nicht darum, welcher Minister oder Manager nun genau davon wußte, ob und in welchem Ausmaß Gesetze "umgangen" wurden oder nicht.

Im größeren Zusammenhang betrachtet zeigt sich, daß die VÖEST-Waffenlieferungen an den Iran und an den Irak auf gar keinen Fall nur Ergebnis der "skandalösen Praktiken" eines Preschern oder Unterweger sind oder sein können, sondern mörderischer Ausdruck der Politik und der Profitinteressen des österreichischen Finanzkapitals und seiner Vertreter. Die Waffenlieferungen an den Iran und an den Irak lagen und liegen keineswegs außerhalb dessen, was von den kapitalistischen Machthabern Österreichs sonst betrieben wird.

Die Sachwalter des österreichischen Imperialismus haben sich s t e t s zu den profitablen Rüstungsexporten in alle Welt bekannt und praktizieren diese ununterbrochen und sogar in verstärktem Maße. Erst kurz vor dem Auffliegen gewisser Machenschaften mit dem Iran war lautstark verkündet worden:

> "WAFFENEXPORT SOLL VOEST UND STEYR SANIEREN - GEWINNE DURCH RÜSTUNGSPRODUKTION" ("Kurier"-Schlagzeile, 6.7.1987)



Der Steyr-Generaldirektor erklärte denn zum Beispiel auch:

> "Wir wollen in Zukunft wieder zum Panzerexporteur werden. Das ist eine Chance, möglichst schnell Geld zu verdienen" (Voisard im "Kurier", 1.7.1987).

Lewinsky äußerte noch vor dem Bekanntwerden der VÖEST-Kanonenlieferungen an den Iran, daß die Waffenproduktion zwar

> "politisch ein sehr schwieriges Problem ist, aber Verluste werden dort jedenfalls keine gemacht." ("Kurier", 2.3.1987).

Und das ist überhaupt die Meinung der Herrschenden in Österreich. Gerade auch in der Debatte über die Waffenexporte an den Iran machte Vranitzky wiederholt deutlich,

> "daß er aus wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Gründen die Waffenproduktion noch lange für notwendig hält. Die ohnehin darbende österreichische Schwerindustrie würde ohne solche Auf-

---

* Die "Grünen"-Fraktion verlangten die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses, was jedoch von den anderen Parteien erwartungsgemäß abgelehnt wurde.

Die Haltung der "Grünen" ist geprägt von ihrem parlamentarischen Kretinismus. So plädieren die Grünen für eine Gesetzesänderung, die darauf abzielt, "daß die Einhaltung des Kriegsmaterialiengesetzes in Zukunft parlamentarisch kontrollierbar ist" ("Süddeutsche Zeitung", 30.12.1986) - als ob das bürgerliche Parlament jemals die Machenschaften des Finanzkapitals "kontrollieren" könnte ! In der Parlamentsdebatte über die Iran-Waffenaffäre forderten sie dann z.B., daß die Erzeugung von Waffen "bewilligungspflichtig" werden sollte udgl. So streiten Meissner-Blau, Pilz und Co. darüber, wie die Waffenproduktion des imperialistischen Staates auf "saubere" Bahnen gelenkt werden könnte. Mit ihrer zweiten Stoßrichtung in der Debatte bleiben die Grünen ebenfalls völlig im Rahmen der Herrschenden. Sie brachten das merkwürdige "Argument", daß die österreichische Waffenproduktion nicht "wirtschaftlich" sei. Da drängt sich sofort die Frage auf: Und wenn ??

Mit einer echten Entlarvung der Machenschaften des Finanzkapitals und seiner Handlanger, mit einem grundsätzlichen antimilitaristischen Auftreten hat das, was die Grünen bringen, wirklich nichts gemein. Und selbst da oder dort wahrnehmbare Ansätze eines für die Herrschenden "unangenehmen" Auftreten der Grünen verkommen so letztenendes zum hilflosen Gezappel einer zahnlosen Hof-Opposition.

träge erst recht absacken." ("Süddeutsche Zeitung", 2.10.1987)

Dabei besteht das Bestreben, eine gesamtösterreichische "Waffen-AG" zu gründen. Diese hätte nach Meinung der Herrschenden den Vorteil, die Waffengeschäfte noch abgeschirmter abwickeln zu können, während "Androschs Steyr-Werke und Streichers Sorgenkind VOEST... von den ewigen geschäftsstörenden Politdiskussionen um dubiose Waffenexporte freigespielt" wären:

> "Androsch und Streicher argumentieren ihren Vorschlag recht einleuchtend: Weil 90 Prozent des heimischen Kriegsgeräts in verstaatlichten oder quasi verstaatlichten (CA-Konzern-)Firmen produziert werden, sei es wirtschaftlicher, die teure Entwicklungsarbeit gemeinsam und koordiniert zu betreiben und beim Kunden als ein einziger Anbieter aufzutreten: mit einem attraktiven Todespaket aus Panzer plus Kanone plus Munition." ("profil" 37/87, S.14).

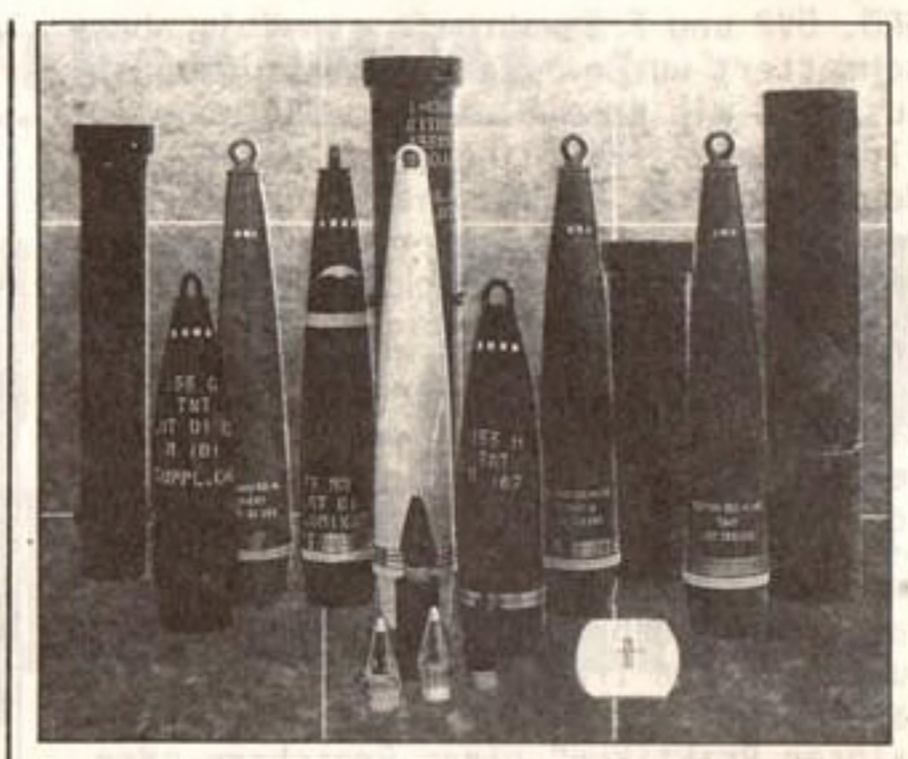
Die Waffenexporte sollen also klar noch weiter verstärkt und ausgebaut werden.

Da Waffengeschäfte nun einmal nötig seien, äußerten bürgerliche Kommentatoren auch ihr Verständnis für das "illegale" Vorgehen bei den Waffenlieferungen an den Iran:

> "Österreich braucht eine eigene Waffenindustrie, um gewisse Grundbedürfnisse des Bundesheeres zu decken. Mit den Bundesheerbestellungen sind die Firmen aber nicht ausgelastet. Sie müssen exportieren. Als Käufer kommen aber hauptsächlich kriegführende Länder in Frage. Das 'zwingt' die sozusagen zum Gesetzesbruch." (Rauscher im "Kurier", 12.9.1987)

Nationalratspräsident Gratz trat in der Debatte darüber offen für die Anpassung der Gesetze an die Praxis ein, d.h. für die erklärte Freigabe von Waffenexporten auch an kriegführende Länder. Gleiches forderten vor allem auch Haider und Co. Vranitzky und Waldheim dagegen plädierten für die Beibehaltung und "strikte Anwendung" der bestehenden Gesetze.*

Aber selbstverständlich sind diese nur oberflächlich auseinandergehenden Standpunkte lediglich ein Streit darüber, mit welcher Vorgangsweise den Interessen des österreichischen Kapitals



"Attraktives Todespaket" der "Noricum"

am besten und am wirkungsvollsten gedient sei.

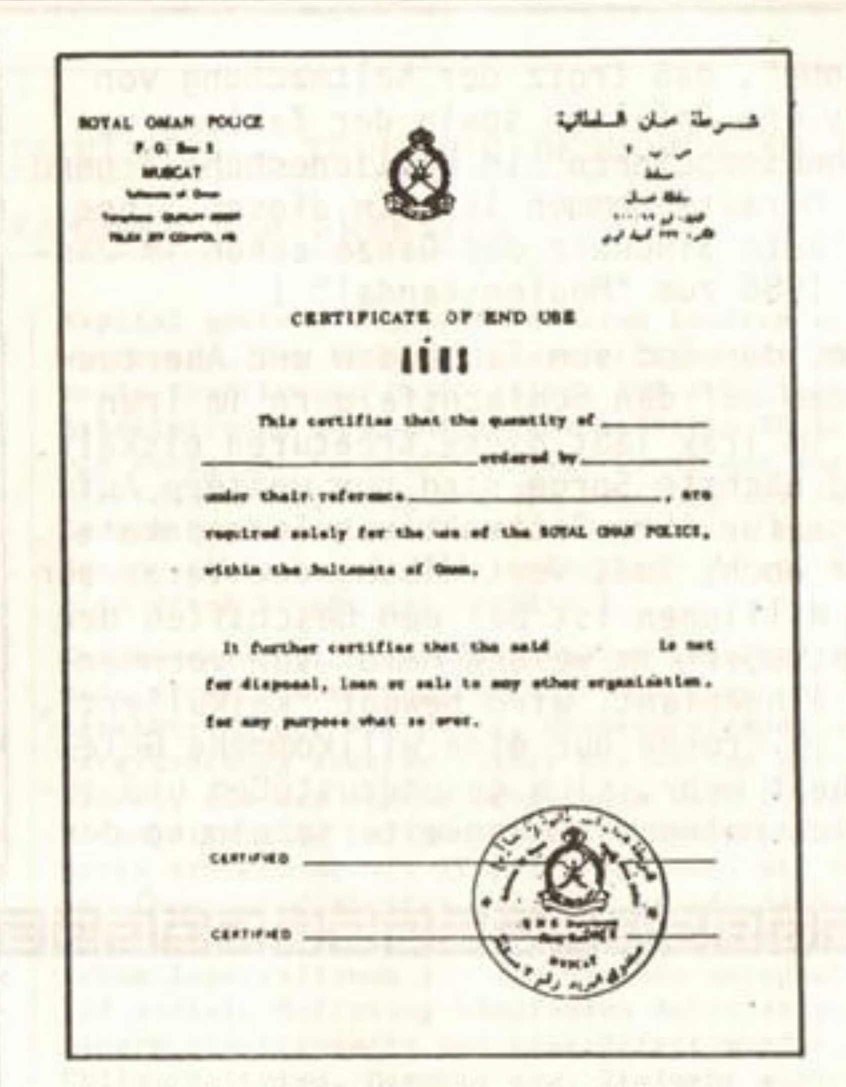
Die Ablehnung einer noch weiteren "Liberalisierung" der Waffenexportgesetze hat überhaupt nichts mit Fortschrittlichkeit und "Moral" zu tun. Zum einen zeigt sich, daß diese Gesetze überhaupt kein Hindernis sind, die Waffen überall hin zu exportieren, nach Iran und Irak, nach Thailand, nach Libyen (das im Tschad einen Krieg führt) usw. Zum anderen haben die Herrschenden aber auch ein Interesse an der Wahrung eines gewissen Scheins nach außen hin. Aus einer Reihe von Gründen haben sogar imperialistische Großmächte wie die USA, Frankreich oder Westdeutschland Waffenexportgesetze. In den Rüstungsangelegenheiten empfiehlt sich für die reaktionären Machthaber besonders eine mehr "diskrete" Vorgangsweise. Die jeweiligen "Interessen" und Interventionen sollen verschleiert werden, um zum Beispiel nach außen hin eine "unabhängige" Position einzunehmen. Im Falle Österreichs spielt die Frage der Ausnützung des "neutralen Status" für die imperialistischen Interessen der Herrschenden dabei eine wichtige Rolle.

Deshalb darf man sich keine Illusionen machen. Nachdem die großangelegten Verschleierungsmanöver bei den Waffenlieferungen in den Iran und den Irak in einigen Punkten aufgeflogen sind (mit Blanko-"Endbenützer-Zertifikaten" von Libyen* über Oman bis Brasilien und Jordanien), werden bereits noch raffiniertere Machenschaften ausgeheckt. Lewinsky hat die Marschrichtung schon angegeben:

> "Man wird langfristig sehen müssen, daß Österreich nicht mehr fertige Waffen produziert, sondern nur mehr konstruktive Edelteile liefert." ("profil", Nr.40, 5.10.1987, S.35)**

Und das geschieht bereits, und wieder im Iran. Die VÖEST baut eine Kanonenfabrik im Iran, eine Fabrik für die "Herstellung und Reparatur von Rohrwaffen" ("Kurier", 17.9.1987). Und ebenso skrupellos wie sie ihre profitablen Mordgeschäfte weiter betreiben, ebenso kaltschnäuzig und arrogant fahren sie fort, die Öffentlichkeit zu belügen. Lewinsky präsentiert sich diesbezüglich in Interviews als höchst begriffsstützig. Rohrwaffen ? "Weiß nicht, was das ist" ("Wochenpresse", 2.10.1987)***Streicher faselte von einem "Metallverarbeitungsbetrieb" und will offensichtlich die Leute für blöd verkaufen mit der Beschwichtigung: "Es ist nichts passiert, es gibt daher auch kein aktuelles Problem" ("Salzburger Nachrichten", 17.9.1987).

Tatsächlich, für diese Figuren, deren einzige Moral der Profit ist, ist bei dem ganzen "Waffenskandal" eigentlich überhaupt nichts passiert - höchstens die



ROYAL OMAN POLICE
P.O. Box 2
MUSCAT
Sultanate of Oman

شرطة عمان السلطانية

CERTIFICATE OF END USE

This certifies that the quantity of ________ ________ ordered by ________ under their reference ________, are required solely for the use of the ROYAL OMAN POLICE, within the Sultanate of Oman.

It further certifies that the said ________ is not for disposal, loan or sale to any other organisation, for any purpose what so ever.

CERTIFIED ________

CERTIFIED ________

Omanisches Endverbraucher-Zertifikat: Blankodokument zur gefälligen Verwendung

---

* Einen besonders reaktionären "Vorschlag" machte Wiens SP-Bürgermeister Zilk. Er sprach sich für eine Volksabstimmung über die Frage aus: "Wollen wir Waffen verkaufen oder nicht ?". Bekanntlich sind sowohl die SPÖ, die ÖVP, die FPÖ als auch der ÖGB f ü r Waffenexporte. Und es wäre zu befürchten, daß eine "Zustimmung" bei so einer "Volksabstimmung" herauskäme, denn einer solchen Abstimmung würde garantiert eine schmutzige Kampagne vorausgehen in Abwandlung eines Hitlerausspruchs: 'Wenn ihr Butter wollt; müßt ihr Kanonen wollen !'. Gemäß Zilk sollen sich die Herrschenden mit einem solchen erpresserischen, aus dem Arsenal des Hitlerfaschismus stammenden "Mandat" ausstatten lassen, um eine Art Freibrief für ihre Verbrechen zu erhalten !

* In diesem Zusammenhang wird einmal mehr deutlich, welche reaktionäre Rolle das Regime Ghaddafis in Libyen spielt. Bei der Hausdurchsuchung in der "Noricum" zwischen 1. und 3.September wurde jede Menge Blanko-End-User-Zertifikate des libyschen Verteidigungsministeriums gefunden. Das heißt: Die Noricum hatte die End-User-Zertifikate der Libyer mit Stempel und Unterschrift, aber ohne Kaufangabe in der Schreibtischschublade. Je nach Bedarf und Gebrauch füllte die Noricum diese End-User-Bestätigungen selbst aus. - Welches "Geschenk" die Ghaddafi-Gehilfen dafür wohl erhalten haben ?
Ebenso wie bei der antisemitischen Waldheim-Verteidigung durch Ghaddafi (siehe RF 22, S.13) zeigt sich hier die kompradorenhafte, lakaienmäßige Natur des Ghaddafi-Regimes. Dessen hohles "antiimperialistisches" Getöse ist lediglich ein Bluff zum Betrug der Massen in Libyen und der Völker der Welt.

**Das "Kriegsmaterialiengesetz" ist von vornherein von den Herrschenden so konzipiert worden, daß für solche Praktiken genügend Raum ist. Es verbietet nämlich lediglich die Errichtung von Maschinen und Anlagen, die "ausschließlich zur Erzeugung von Kriegsmaterialien geeignet sind".

***Sein angebliches "weiß nicht, was das ist" hindert diese miese Gestalt jedoch nicht, gleichzeitig kurz zuvor noch zu versichern, daß die von der VÖEST angebotenen Anlagen zur Kanonenherstellung keinesfalls geeignet seien. Dort könne man "Kochtöpfe herstellen, aber verläßlich keine Kanonen." ("Presse", 17.9.1987).

"Verläßlich" gingen ja laut Lewinsky auch die Noricum-Kanonen an den "Endverbraucher" Libyen. - Leute vom Schlage Lewinskys behaupten stets das, was ihnen zur Durchsetzung reaktionärer Interessen gerade erforderlich scheint, ganz egal wie verlogen die Worte sind, die ihrem Mund entströmen. Das ist der "Pragmatismus", der allen Vertretern und Nutznießern kapitalistischer Ausbeutung eigen ist, für die stets nur das "wahr" ist, was ihren Profitinteressen nützt.

"Panne", daß trotz der Kaltmachung von Amry und Apfalter sowie der Zahlung von "Schweigegeldern" in Millionenhöhe irgendwas herausgekommen ist. In diesem Sinne erklärte Sinowatz das Ganze schon im Jänner 1986 zum "Medienskandal" !

Nein, der Tod von Tausenden und Abertausenden auf den Schlachtfeldern im Iran und im Irak läßt diese Kreaturen eiskalt. Ihre nächste Sorge sind nur weitere Aufträge für ihre "attraktiven Todespakete". Mehr noch, Tod, Vertreibung und Verderben von Millionen ist bei den Geschäften der Machthaber "im weißen Hemd" von vornherein eingeplant, wird bewußt "kalkuliert", ist im Grunde nur eine willkommene Gelegenheit mehr, sich gesundzustoßen und zugleich notwendige Begleiterscheinung der Sicherung und Ausdehnung der profitablen "Einflußsphären" in dieser Region.



AUF DER SEITE DES IRAN U N D AUF DER SEITE DES IRAK:

ÖSTERREICHISCHE WAFFEN MORDEN MIT !

Die Kanonenlieferungen in den Iran sind nicht mehr abzustreiten. Seit 1985 sind erwiesenermaßen sieben Schiffsladungen von Österreich über Jugoslawien direkt in den Iran gegangen. Außerdem baut die VÖEST jetzt im Iran eine Waffenfabrik.

Doch die Unterstützung der österreichischen Imperialisten für das faschistische Khomeini-Regime auf dem Rüstungssektor beschränkt sich bei weitem nicht darauf.* Amry hatte als "Paketpreis" der Lieferungen an den Iran (die zur Täuschung nach Libyen deklariert wurden) einen Betrag von 6,815 Milliarden Schilling gemeldet (siehe "profil" 6/86, S.21). Gemäß dem Exportantrag handelt es sich um folgende Liste:

- 200 Kanonenhaubitzen
- 200.000 Sprenggranaten ERFB HE Kal. 155
- 100.000 Zünder PD-M 572
- 100.000 Zünder M 739
- 10.000 Granaten ERFB Smoke (WP) Kal. 155
- 10.000 Zünder MTSQ 564
- 10.000 Granaten ERFB Illumination, Kal. 155 mm
- 10.000 Zünder MTSQ 564
- 200.000 Stück Munition für Granatwerfer Kal. 60 mm, HE 80 bezündert
- 500.000 Stück Munition für Granatwerfer Kal. 81 mm, HE 70 bezündert
- 100.000 Stück Munition für Granatwerfer Kal. 120 mm, HE 78 bezündert
- und 220.000 Treibladungen N-10, Kal. 155 mm.

Fortsetzung auf S.14

* Auch auf österreichischem Territorium selbst erhalten die Khomeini-Faschisten faktisch direkte Unterstützung beim Nachschub. Österreich ist nämlich ein wichtiger Umschlagplatz für Lieferungen des Insektizids Carbamat, das im Iran zur Kampfstoffproduktion verwendet wird. Das kam nur deshalb für kurze Zeit in die Medien, weil auf dem Gelände der iranischen Spedition I.R.I.T. in Sinsdorf bei Rottenmann/Stmk. in der Nacht zum 1.Oktober 1987 ein Container in Brand geriet. "Üblicherweise", so hieß es, gehen die Lieferungen von dutzenden Tonnen Carbanat direkt von Rottenmann nach Teheran weiter (siehe "Salzburger Nachrichten", 2.10.1987).

"AUSLÄNDER-RAUS"-HETZE UND CHAUVINISMUS – TÖDLICHE BEDROHUNGEN JEDES AUFKEIMENDEN KAMPFES DER ARBEITER

● Immer lauter wird die chauvinistische Hetzkampagne gegen die ausländischen Arbeiter geschürt. Die ausländischen Werktätigen werden zu Sündenböcken der Krise gestempelt. Angeblich sind es die besonders ausgebeuteten und doppelt unterdrückten ausländischen Arbeiter und Arbeiterinnen, die den einheimischen Arbeitern "die Arbeitsplätze wegnehmen" und daher am besten hinausgeworfen werden sollten. – Welch ein Hohn angesichts der Tatsache, daß es wohl die Kapitalisten selbst sind, die durch Rationalisierung und Verschärfung der Arbeitshetze tausende Kolleginnen und Kollegen auf die Straße werfen, um trotz der Krise ihre Maximalprofite zu sichern !

Die rassistische und chauvinistische Hetze gegen die ausländischen Werktätigen, gegen Flüchtlinge und "Minderheiten" überhaupt dient als Mittel, die Massen der arbeitenden Bevölkerung zu desorientieren und zu spalten. Man will inländische und ausländische Arbeiter gegeneinander ausspielen, um b e i d e umso leichter niederhalten zu können. Die ganze Geschichte der Arbeiterbewegung lehrt, daß die Hetze und die Attacken gegen "Minderheiten", die zu Sündenböcken erklärt werden, seien es Juden oder Ausländer, nur Vorläufer für massive Angriffe auf die Rechte und die Lebenslage aller Arbeiter und Werktätigen sind.

Der entschlossene Kampf gegen alle diese Spaltungsversuche, die schon ihre verheerenden Wirkungen zeigen, ist eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart. Jeder fortschrittliche Arbeiter muß verstehen, daß ihn in Wirklichkeit mit "seinen" Ausbeutern, die Mautner-Markhof, Androsch usw., n i c h t s verbindet, daß die ausländischen Werktätigen aber unsere Klassenbrüder und Klassenschwestern sind, mit denen ein starkes Bündnis hergestellt, für deren volle Gleichberechtigung gekämpft werden muß ! Wer im Stich läßt seinesgleichen, läßt ja nur sich selbst im Stich !

● Mit zynischer, chauvinistischer Demagogie versuchen die Herrschenden den Werktätigen auch einzureden, daß die imperialistische Außenpolitik des Finanzkapitals, seine "Exportoffensiven", seine Waffenlieferungen an alle möglichen reaktionären und faschistischen Regimes usw. im Interesse der österreichischen Arbeiter liegen würden. Die Werktätigen müßten das unterstützen, weil dadurch angeblich "Arbeitsplätze gesichert" würden.

In Wirklichkeit wird gerade auch dadurch versucht, die Arbeiterschaft vom Kampf für ihre eigenen Interessen abzuhalten. Im Namen der "Wettbewerbsfähigkeit" sollen sie nämlich bereitwillig Lohnkürzungen hinnehmen und keinesfalls durch Streiks den "Betriebsfrieden" stören.

Das ist völlig verlogen. Zum einen geht es den Unternehmern nicht im geringsten um die Arbeitsplätze, sondern nur um ihren Profit. Ist es für sie rentabler, so schließen sie ohne irgendwelche Rücksichtnahmen auf die Arbeitsplätze hier ihre Betriebe bzw. entlassen Arbeiter, um ihr Kapital gewinnbringend in anderen Ländern zu investieren. Zum Beispiel beabsichtigen die Hämmerle-Textilwerke in Dornbirn, 500 Arbeiter und Arbeiterinnen zu kündigen und dafür im EG-Raum ein Zweigwerk zu eröffnen. Der Zweck der angestrebten Verlagerung ist die Umgehung der Importzölle Westdeutschlands auf in Asien mit österreichischen Stoffen gefertigte Waren, d.h. also die Erhöhung der Profite !

Zum anderen hat sich immer wieder gezeigt, daß jede direkte oder indirekte Beteiligung und Unterstützung der Knechtung, Niederschlagung und Unterdrückung anderer Völker die Ketten verstärkt, die das eigene arbeitende Volk fesseln! Niemals kann es im Interesse der österreichischen Arbeiterschaft liegen, wenn z.B. mit den von ihnen produzierten Waffen – gerade auch im Interesse der Profitsicherung des österreichischen Imperialismus ! – die um ihre nationale und soziale Befreiung kämpfenden Arbeiter und Bauern niedergemacht und massakriert werden, in Chile, Bolivien, Marokko usw. Vielmehr müssen die österreichischen Arbeiter und Arbeiterinnen ihre Klassenbrüder und – schwestern in aller Welt tatkräftig und direkt unterstützen – im unversöhnlichen Kampf gegen die Machenschaften der eigenen imperialistischen Bourgeoisie. Sie müssen verstehen, daß jeder Schlag, der irgendwo ihren "eigenen" Ausbeutern versetzt wird, zugleich ihren eigenen Kampf hier erleichtert und unterstützt, weil er den gemeinsamen Feind schwächt !

Gegen alle Formen von Rassismus und Chauvinismus müssen wir für die Verwirklichung der grossen Losungen der revolutionären Arbeiterbewegung kämpfen:

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH !

PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

Gegen Chauvinismus und Rassismus



Fortsetzung von S.12

Bei diesen Waffen und bei dieser Munition handelt es sich allesamt um "hochwertige Ware", welche sowohl die Armee des Iran als auch die des Irak "bitter nötig" haben ("profil" 6/86, S.21).

Dazu gehören auch 10.000 Granaten ERFB Smoke (WP), von denen jede mit 7,6 Kilogramm Phosphor gefüllt sind. Weißer Phosphor wurde vom US-Imperialismus in Vietnam eingesetzt. Seine verheerende Wirkung wurde zuletzt im "Sipri-Report über besonders grausame nichtnukleare Waffen" beschrieben:

"Weißer Phosphor wird als Brandstoff eigener Art eingesetzt. Er hat den Vorteil, sich an der Luft spontan zu entzünden. Es handelt sich um einen festen Stoff, der mit einer kleinen Sprengladung in einen Hagel von kleinen Stückchen zerbrochen werden kann...

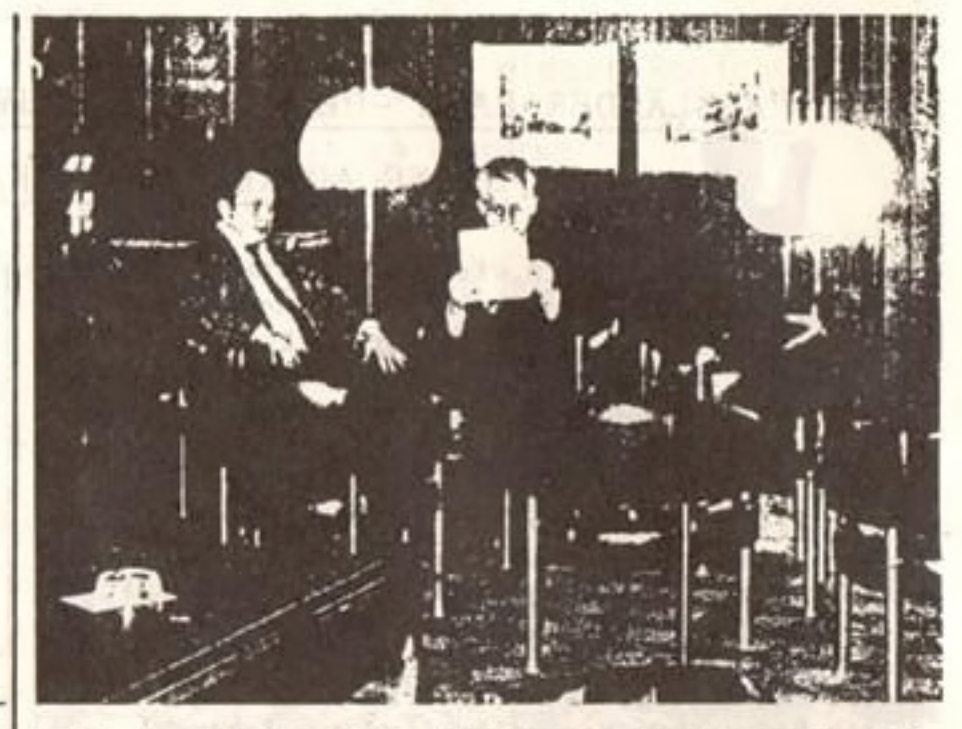
Gegen Menschen gerichtet, hat er die Eigenschaft, daß sich die brennenden Teilchen selber in die Haut eingraben und noch Stunden brennen können, sobald die Wunde chirurgisch geöffnet wird, um die Teilchen herauszuholen." (Zitiert nach: "profil" 6/86, S.21).

Gegen Menschen eingesetzt hat die WP-Granate also verheerende Folgen - kaum schwächer als das im Golfkrieg auch verwendete Senfgas.

Fast 100 Staaten, darunter auch Österreich, haben in einer UN-Resolution den Einsatz von Napalm und anderen Brandwaffen - wie weißem Phosphor - verbal verurteilt. Doch in Österreich wird diese Granate von der VÖEST-Tochtergesellschaft Hirtenberger hergestellt. Auch beim Bundesheer sind die Granaten in Verwendung.

Die vielfältige Unterstützung für das faschistische Mullah-Regime im Iran hindert die österreichischen Imperialisten aber nicht im geringsten, gleichzeitig auch das ebenso faschistische Regime im Irak zu unterstützen, auf dieser Seite die selben dreckigen Machenschaften zu betreiben.

Inzwischen muß schon zugegeben werden, daß mehr als genug Hinweise darauf bestehen, daß die Kanonenlieferungen der "Noricum" nach Jordanien in den Jahren 1983 und 1984 ebenso nur ein Scheingeschäft waren wie die angeblichen Lieferungen



Nach der erfolgreichen Sprengung der "Lucona", bei der sechs Seeleute ermordet wurden: Nationalratspräsident Gratz mit seinem "Freund Udo" bei einer Geheimbesprechung in einem Züricher Hotel kurz vor Proksch' Verhaftung.

nach Libyen. Die 200 GHN-45-Kanonen sind beim "Institut für strategische Studien" in London auch schon längst im Bestand des Irak registriert. Im Spätherbst 1985 sollen weitere 211 Kanonen in den Irak geliefert worden sein - also parallel zum Iran-Geschäft !

Damit nicht genug. Bereits im Jänner 1986 hat die "BIP" (eine der Vorläuferorganisationen der "Grünen Alternative") öffentlich Dokumente vorgelegt, aus denen hervorgeht, daß die Steyr-Tochter Steyr Anlagenbau GesmbH, Steyr, gemeinsam mit einer Vaduzer Firma und einer staatlichen irakischen Firma in der Nähe Bagdads eine Munitionsfabrik gebaut hat. Und auch hier wurde - selbstverständlich und nicht anders zu erwarten - "scharf dementiert". Die Firma sei lediglich am Bau einer "Buntmetall-Halbzeugfabrik" im Irak beteiligt gewesen ("Süddeutsche Zeitung", 10.1.1986). Doch auch bei Steyr konnte man nicht leugnen, daß das Know-how dafür von der verstaatlichten Firma Hirtenberger kommt, "die wegen ihrer ausgezeichneten Munition weltweit einen hervorragenden Ruf genießt" ("Die Presse", 18.9.1987).*

Der von beiden Seiten ungerechte, reaktionäre Krieg zwischen Iran und Irak

* Weitere Angaben besagen, daß von Steyr 100 Jagdpanzer "Kürassier" in den Irak geliefert wurden ("Süddeutsche Zeitung", 10.1.1986).

MENSCHENRECHTE? PROFIT!

Als das Khomeini-Regime 1979 im Iran ans Ruder kam, "empörten" sich die Schreiberlinge in den bürgerlichen Medien Österreichs eine zeitlang über Menschenrechtsverletzungen in diesem Land. Doch als sie mit dem Mullah-Regime immer besser ins Geschäft kamen, wurde es stiller und stiller darüber. Als der von pseudo-fortschrittlichen Leuten heute als "Linker" gepriesene damalige Außenminister Lanc von einer Visite bei den faschistischen Machthabern in Teheran zurück kam, brachte er schon keinen Pieps über die "Lage der Menschenrechte" im Iran über die Lippen. Auf die Journalistenfrage, ob er im Iran darüber auch gesprochen habe, schwieg er sich geflissentlich aus.

Für die imperialistischen Machthaber und ihre Sachwalter sind die bürgerlichen Menschenrechte nichts anderes als eine Handelsware, die sie für ihren Profit verkaufen und unter ihren Füssen zertrampeln.

Ein empörendes Beispiel dafür lieferte jüngst wieder der österreichische Innenminister mit dem nachfolgend abgedruckten "Antwortschreiben". Darin wird dem faschistischen Khomeini-Regime, das zehntausende Oppositionelle massakriert, foltert und ermordet, bescheinigt, eine regelrechte Oase für Flüchtlinge zu sein, für die dort "keine akute Gefährdung" vorliege. Jedenfalls könne Österreich die - sich in Wirklichkeit in höchster Bedrohung befindlichen - Menschen nicht aufnehmen, schließlich käme nur ein Aufenthalt in Österreich "auf Kosten des Bundes" in Betracht, und das geht nun wirklich nicht. So erweisen sich Blecha und alle anderen Repräsentanten des österreichischen Imperialismus nicht nur durch ihre Waffenlieferungen als blutbesudelte Mordgehilfen und Hintermänner der faschistischen Schlächter im Iran und anderswo.

NIEDER MIT DEM ÖSTERREICHISCHEN IMPERIALISMUS !

Schanddokument !

Antwortschreiben des Innenministers

Ich beziehe mich auf Ihr Schreiben vom Juni 1987, betreffend das Einreiseersuchen für sechs kurdische Familien aus dem Irak und bedaure, Ihnen dazu mitteilen zu müssen, daß Ihrem Ersuchen trotz wohlwollender Überprüfung der Angelegenheit nicht zugestimmt werden kann.

Wie mir von der zuständigen Fachabteilung meines Ressorts berichtet wurde, handelt es sich bei den Betroffenen nicht um Familienmitglieder von in Österreich lebenden Kurden. Weiters werden sie von Herrn Rasoul, der sich für diese insgesamt 28 Kurden verwendet, nicht aufgenommen und kann Rasoul auch zu ihrer Integration in Österreich nichts beitragen, da er schon seit Jahren im Ausland arbeitet.

Informationshalber darf ich Ihnen mitteilen, daß die Lage irakischer Kurden in der derzeitigen Situation im Iran schwierig ist, daß sie jedoch im Iran Schutz vor Verfolgung finden. Der Iran ist Mitgliedstaat der Konvention über die Rechtsstellung der Flüchtlinge. In Teheran existiert ein Büro des UNHCR. Eine akute Gefährdung liegt somit nicht vor.

Ein weiteres für die Ablehnung ausschlaggebendes Kriterium ist der Umstand, daß seitens des Flüchtlingsfonds der Vereinten Nationen Wien für eine Integration der sechs Familien keinerlei Mittel bereitgestellt werden könnten. Es käme daher nur ein lange dauernder Aufenthalt in einem Flüchtlingslager auf Kosten des Bundes in Betracht.

Abschließend bedaure ich nochmals, Ihnen keine günstigere Mitteilung machen zu können.

Mit besten Grüßen Ihr

Karl Blecha

QUELLE: 10/87 AMNESTY INTERNATIONAL INFORMATIONEN

PS: Herr Rasoul ist dem Initiator des Gesuches unbekannt. Die abgewiesenen Asylsuchenden, insgesamt 28 Personen, wissen um den negativen Bescheid. Eine Familie ist schon nach Syrien geflüchtet.

liegt somit direkt im Interesse des österreichischen Finanzkapitals und seiner Waffenindustrie. Diese könnten sogar noch mehr profitieren - "falls der Golfkrieg noch eine Weile dauert. Denn Rohre allein (es wird Bezug genommen auf die "Rohrwaffenfabrik" im Iran, AdV) machen noch keine Kanone, Fahrgestelle und Steuerungsmechanismen ließen sich allenfalls nachliefern." (Ebenda)

Alles das besagt, daß das Blut qualvoll verreckter Soldaten im Golfkrieg auch an den Fingern der Nutznießer und Repräsentanten des österreichischen Kapitals klebt. Diese Tatsachen müssen der heuchlerischen "Verurteilung der Greuel des Golfkriegs" entgegengehalten werden, deren sich die Weißwäscher der Verbrechen des österreichischen Imperialismus mit Krokodilstränen in den Augen demagogisch befleißigen.

WER DIE VERBRECHEN DES "EIGENEN", DES ÖSTERREICHISCHEN IMPERIALISMUS NICHT BEKÄMPFT, MACHT SICH MITSCHULDIG !

TOD DEM ÖSTERREICHISCHEN IMPERIALISMUS !

SPENDET FÜR DEN RF-FONDS !

Basta. "ENTHÜLLUNGSJOURNALISMUS" ZUR REINWASCHUNG DER BÜRGERLICHEN DEMOKRATIE, JUSTIZ UND POLITIKER !

Die meisten Fakten über den "Iran-Waffenskandal" kamen über die Zeitschrift "Basta" in die Öffentlichkeit. Und nicht wenige rechnen das dem Magazin bestimmt als ein Verdienst an. Aber es bleibt natürlich die Frage, mit welchem Ziel "Basta" die Tatsachen der Waffenlieferungen an den Iran recherchiert hat. Es zeigt sich nämlich, daß die vorgestellten "Enthüllungen" in Verbindung stehen mit klar erkennbaren politischen Absichten und Zwecken. Mit dem Aufdecken der Waffenaffäre wollte "Basta" den Beweis erbringen,

> "daß auch Gesetzesverstöße der ganz Mächtigen aufgeklärt werden...
>
> daß kritischer Journalismus in diesem Land etwas bewirken kann." ("Basta - Das Waffen-Extra", S.3).

Die "Basta"-Enthüllungen seien

> "ein kleiner Triumph für die Demokratie in diesem Land - sie funktioniert allen Unkenrufen zum Trotz." (Ebenda).

Diese Euphorie ist natürlich ein Hohn auf die Wirklichkeit, denn wenn der "Waffen-Skandal" schon etwas gezeigt hat, dann doch wohl das Gegenteil, die Verlogenheit dieser "Demokratie", in der es sich die Geldsäcke richten, wie sie es brauchen, in der die "unabhängige Justiz" nicht mehr herausfinden darf, als den Herrschenden genehm ist usw.

Um die bürgerliche Demokratie zu beschönigen, verfälscht "Basta" die wirkliche Sachlage in zwei wichtigen Punkten.

Erstens stellt das Blatt den Politikern den Persilschein aus, sie hätten nichts gewußt. Die Indizien würden dafür sprechen, daß "kein österreichischer Politiker direkt in den Waffenschmuggel involviert ist" - im Gegensatz etwa zur Iran-Affäre in den USA (ebenda S.15). Die Affäre hätte gezeigt, "wie naiv Politiker sind" (ebenda, S.14). Damit erfüllt "Basta" für die Herrschenden eine wichtige Funktion: Deren Sachwalter werden als brave, gutmeinende Leute hingestellt, die naiverweise übers Ohr gehauen wurden. Eine solche Verdrehung ist für diesen Staat und die Figuren an seiner Spitze ein äußerst wichtiger Liebesdienst. - Im Übrigen zeigen selbst die von "Basta" aufgelisteten Fakten, daß Politiker wie Gratz, Sinowatz, Vranitzky, Mock usw. durchaus nicht "naiv" agierten, sondern bewußt und gezielt - im Interesse der Vertuschung der Tatsachen und zum Zweck der möglichst ungestörten Abwicklung der Waffengeschäfte.



"Chicago 1930"?
Die "Unbestechlichen" sind's jedenfalls nicht!

Zweitens verbindet "Basta" seine "Enthüllungen" mit einer Imagekampagne für die Sozialdemokratie im allgemeinen und für den SP-Innenminister im besonderen. Blecha, so erklärt "Basta" sei "kaum ein Vorwurf zu machen" (ebenda, S.15). Er habe vielmehr entscheidende Verdienste gehabt, um der Wahrheit auf die Spur zu kommen. Er habe sogar, man beachte, obwohl im Gesetz nicht vorgeschrieben, Recherchen via österreichische Botschaft in Brasilien unternommen, um festzustellen, ob die nach Brasilien deklarierten Kanonen dort jemals angekommen seien (ebenda, S.15). Blecha selbst bekommt breiten Raum eingeräumt, um sich unter der Überschrift "Wir wurden arg getäuscht" zu rechtfertigen.

Auf diese Weise dient dieser angeblich "kritische" Journalismus dazu, die entscheidende revolutionäre Erkenntnis zu v e r h i n d e r n , daß dieses gesamte Ausbeutersystem völlig verfault ist und insgesamt zerschlagen werden muß.

Auf diese Weise sollen fortschrittlich gesinnte und über die Verhältnisse empörte Menschen weiter an die durch und durch reaktionäre Sozialdemokratie gebunden werden.

NUR EINE NEUE OKTOBERREVOLUTION KANN DEN SOZIALISMUS IN DER UDSSR WIEDERHERSTELLEN !

70 Jahre nach der Oktoberrevolution könnte der ahnungslose Beobachter fast den Eindruck gewinnen, die Imperialisten und Reaktionäre aller Länder seien aus geschworenen Antikommunisten zu Anhängern des Bolschewismus geworden; so überschwenglich und begeistert loben die bürgerlichen Berichterstatter, Wirtschaftsexperten, Handelsreisenden und Staatsmänner bis hin zu F.J.Strauß Gorbatschow und sein "Reformer-Team". ORF-Marboe ließ es sich z.B. nicht nehmen, sein "Café Central" direkt aus Moskau mit der Zitierung einiger salbungsvollen Phrasen des Generalsekretärs der KPdSU ausklingen zu lassen.

In Wirklichkeit hat eine solche wundersame Umwandlung der kapitalistischen Wölfe natürlich nicht stattgefunden. Vollständig die Farbe gewechselt hat dagegen die UdSSR, deren politische Führer nach dem Tod Stalins selbst das Banner des Leninismus, die Grundlage der Siege der ehemals sozialistischen Sowjetunion, in den Dreck getreten haben. Heute wetteifern die revisionistischen Machthaber in Moskau mit ihren konterrevolutionären Gesinnungsbrüdern im Westen mit immer hemmungsloseren Attacken gegen die erste revolutionäre Arbeitermacht, die sie von innen her zerstört und in ihr Gegenteil verwandelt haben.

Vordergründig ging es beim revisionistischen Verrat "nur" um die "Korrektur der Fehler Stalins", um die "Überwindung der Folgen des Personenkults". Doch nunmehr müßte jemand schon ganz blind sein, um nicht sehen zu können, daß dahinter die totale Demontage des Marxismus-Leninismus, die konterrevolutionäre Zerstörung des Bolschewismus, die restlose Liquidierung der Errungenschaften der Oktoberrevolution gestanden hat, wie das von antirevisionistischen Kommunisten, darunter auch den Marxisten-Leninisten Österreichs, seit Jahrzehnten entlarvt worden ist.



Beispiel der antikommunistischen Hetzpropaganda aus dem Jahr 1919

Was könnte diese Tatsache greller beleuchten als die nunmehrige "Rehabilitierung" des Oberrenegaten Bucharin, welche kurz nach dem 70.Jahrestag der Oktoberrevolution unter dem Beifall aller möglichen Reaktionäre und Opportunisten erfolgte ? Was könnte diese Tatsache mehr verdeutlichen als die gleichzeitigen immer unverschämteren Attacken nunmehr auch gegen ehemalige bolschewistische Partei- und Staatsführer der UdSSR wie Kalinin und insbesondere auch gegen Shdanow, den die Feinde des Proletariats innerhalb und außerhalb der Sowjetunion hassen, weil er an verschiedenen Fronten dem Revisionismus und Renegatentum schwere Schläge versetzt hat. - Und Lenin verwandeln sie immer offenkundiger in einen harmlosen Götzen, in einen Dutzendliberalen, indem sie seinen Lehren jeglichen

revolutionären Inhalt rauben, so wie es vorher die sozialdemokratischen Verräter auch schon mit Marx und Engels gemacht haben.

Diese verheerende Entwicklung wird von den Herrschenden in Österreich und anderswo demagogisch ausgenützt, um die Idee des Sozialismus und Kommunismus in der Arbeiterklasse zu diskreditieren. "Seht ihr", verkünden sie genüßlich, "es klappt in der Praxis doch nicht, das haben auch Chruschtschow, Breshnew und jetzt noch mehr Gorbatschow auch einsehen müssen, welche die Notwendigkeit von Markt, Selbständigkeit der Betriebe usw. betonen."

Doch was sich heute in den Ländern des sogenannten "realen Sozialismus" abspielt, zeigt nicht das Scheitern des wissenschaftlichen Sozialismus in Theorie und Praxis, sondern nur, wohin es führt, wenn vom Weg des proletarischen Sozialismus abgewichen wird, wenn die wissenschaftlichen Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin nicht konsequent in die Tat umgesetzt, sondern revidiert und verraten werden. Um diesen abgrundtiefen Verrat zu entlarven, ist eine wichtige Aufgabe, gerade auch die erfolgreiche Praxis des Aufbaus des Sozialismus in der UdSSR zu Lebzeiten Lenins und Stalins zu verteidigen, zu zeigen, daß dort die Verhältnisse früher wirklich ganz anders waren, ohne in Abrede stellen zu wollen, daß Wurzeln für die revisionistische Fehlentwicklung durchaus auch in Versäumnissen und Fehlern damals liegen.

UNTER DER FÜHRUNG DER KPDSU(B) LENINS UND STALINS WURDE IN DER UDSSR ERFOLGREICH DER SOZIALISMUS AUFGEBAUT !

Die mehr als 35-jährige Praxis in der UdSSR bis zum Tode J.W.Stalins zeigt, daß der Aufbau einer neuen sozialistischen Gesellschaft sehr wohl "klappen" kann, selbst unter den härtesten Bedingungen eines wirtschaftlich nicht hochentwickelten und durch den Krieg stark zerstörten Landes, selbst unter den Bedingungen einer völligen imperialistischen Umkreisung.

Allen Unkenrufen zum Trotz überwanden die Arbeiterklasse und die von ihr geführte werktätige Bauernschaft selbst unglaubliche Hindernisse und verwandelten in einer kurzen Frist von kaum zwei Jahrzehnten das wirtschaftlich zurückgebliebene Land in einen mit moderner Technik ausgestatteten sozialistischen Staat.

Die Arbeiterdelegationen, die damals aus aller Welt die UdSSR besuchten, waren tief beeindruckt von dem Enthusiasmus, mit dem die Arbeiter und Bauern der Sowjetunion an den Aufbau der neuen Welt des Sozialismus gingen. Selbst bürgerliche Reporter und Berichterstatter mußten das zugeben. Und diese Begeisterung war kein Tagtraum von fanatisch "Verblendeten", wie heute diverse Renegaten zum Gefallen der Herrschenden faseln, sondern stützte sich auf beeindruckende Tatsachen:

- Der 1.Fünfjahrplan (1929-1933) mit seinen von den Reaktionären sowie ihren sozialdemokratischen und trotzkistischen Lakaien belächelten, für unerfüllbar erklärten hochgesteckten Zielen wurde vorfristig, innerhalb von vier Jahren erfüllt und übererfüllt.
- Zu einer Zeit, da die gesamte kapitalistisch-imperialistische Welt immer tiefer im Sumpf der Krise versank, Millionen von Arbeiterinnen und Arbeitern auf die Straße geworfen wurden und die Lebenshaltung der Massen immer mehr herabgesetzt wurde, wurde in der UdSSR die Arbeitslosigkeit beseitigt, wurde der Lebensstandard, das kulturelle Niveau der Werktätigen usw. systematisch erhöht.
- Während die Werktätigen der alten Welt des Kapitalismus unter der galoppierenden Inflation litten, blieben die Preise in der UdSSR nicht nur stabil, sondern wurden im Laufe der Zeit sogar herabgesetzt. Die Aufzählung dieser unleugbaren Fakten ließe sich lange fortsetzen.

Diese großen Erfolge waren nicht nur möglich wegen der Überlegenheit des sozialistischen Wirtschaftssystems, sondern waren auch Ergebnis der lebendigen proletarischen Demokratie. Zum Beispiel wurden die Wirtschaftspläne keineswegs "von oben her bürokratisch verordnet", wie unwissende Leute annehmen, die allzu bereitwillig glauben, was ihnen die Reaktion auftischt. Die Planentwürfe wurden vielmehr in allen Betrieben und Werken von den arbeitenden Massen beraten. Die vorgeschlagenen Planziele wurden überprüft. Es wurden regelrechte "Gegenpläne" aufgestellt, die die Daten der Planentwürfe überboten, korrigierten und in vielen Fällen überboten. Erst im Ergebnis umfassender Massenberatungen wurden die entscheidenden Planziele festgelegt, die nun die Beteiligung und Initiative von Millionen von Erbauern des Sozialismus widerspiegelten. Und auch bei der praktischen Durchführung des beschlossenen Plans kam die selbständige Aktivität der Werktätigen voll zum Tragen, wurden noch weitergehende Ziele angegangen.

Ein "üblicher" Einwand dagegen ist, daß diese Erfolge, die kaum jemand ernsthaft abstreiten kann, durch Opfer erkauft gewesen seien, die "zu groß" und und "barbarisch" gewesen seien.

Aber so kann nur urteilen, wer die Aufgaben und Bedingungen der Revolution völlig übersieht. Lenin sagte im Jahr 1917:

> "Der Krieg ist unerbittlich, er stellt mit schonungsloser Schärfe die Frage: entweder untergehen oder die fortgeschrittenen Länder a u c h ö k o n o m i s c h einholen und überholen. ... Untergehen oder mit Volldampf vorwärtsstürmen. So wird die Frage von der Geschichte gestellt."
> (Lenin, Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll, LW 25, S.375, Sperrung im Original).

Die Bolschewiki unter Führung Lenins und dann Stalins hielten sich eisern an die damit vorgegebene Linie. Das war unbedingt notwendig, denn es zeichnete sich schon früh ab, daß der Weltimperialismus nicht darauf verzichten würde, neue Versuche zu unternehmen, die Sowjetmacht militärisch zu vernichten. Dem konnte nur standgehalten werden, wenn die proletarische Diktatur eine starke industrielle Basis, vor allem eine solide Schwerindustrie bekam, die sie bis dahin nicht hatte. Das Primat der Herstellung von Produktionsmitteln erhielt unter diesen Bedingungen eine noch um vieles gesteigerte Bedeutung. Stalin bemerkte dazu bei der Besprechung der Ergebnisse des 1.Fünfjahrplans, daß die Partei gezwungen war, das Land gleichsam "anzupeitschen", um seinen Vormarsch zu beschleunigen (siehe Stalin-Werke Bd.13, S.164). Stalin sprach mit bolschewistischer Offenheit darüber, daß tatsächlich weniger Massenbedarfsartikel erzeugt wurden, als benötigt wurden. Doch die KPdSU(B) konnte, sie durfte als revolutionäre Partei der Arbeiterklasse nicht anders handeln. Sonst hätte sie sich der Möglichkeit beraubt, den Sieg über die kapitalistischen Elemente zu erringen. Sonst hätten sich "die Chancen für eine Restauration des Kapitalismus unermeßlich erhöht" und die Sowjetmacht wäre einer militärischen Intervention fast wehrlos gegenübergestanden (siehe Stalin ebenda S.164).

Das ist die Wahrheit. Sie zeigt, daß jede Abschwächung des Tempos, das für die Arbeiterklasse und anderen Werktätigen auch mit Mühen und Opfern verbunden war, nur im Interesse des Weltimperialismus gelegen hätte. Wäre den kapitulantenhaften Thesen der "Opposition", Trotzkis, Bucharins, Sinowjews usw. gefolgt worden, die das Tempo abschwächen wollten, es als "wahnwitzig" denunzierten, so hätte die UdSSR dem vom Weltimperialismus angestachelten Überfall der Hitlerfaschisten auf die Sowjetunion niemals standhalten können.

Die Massen verstanden aber, daß solche zeitweiligen Opfer notwendig waren und in ihrem ureigensten Interesse lagen, um das Überleben ihrer Arbeitermacht gewährleisten, um den Aufbau des Sozialismus schützen zu können.

Wie lebensnotwendig das war, zeigte sich 1941. Die Arbeiter und Bauern, die Völker der UdSSR, mußten in einem Kampf auf Leben und Tod die Errungenschaften der Oktoberrevolution, ihr sozialistisches Vaterland gegen den hitlerdeutschen Imperialismus verteidigen. Dieser antifaschistische Krieg kostete das Sowjetvolk mehr als 20 Millionen Menschenleben, doch die sozialistische UdSSR erwies sich stärker als die faschistische Bestie. Trotz der furchtbaren Wunden und Opfer, die der Krieg verursacht hatte, bauten die Arbeiter und Bauern nach dem Krieg ihr Land rasch wieder auf.

In nur wenigen Jahren wurde nicht nur das Niveau vor der faschistischen Aggression wieder erreicht, sondern sogar weit überschritten. Schon 1950 näherte

---

* Stalin stellte 1933 fest, daß im zweiten Planjahrfünft ein weniger beschleunigtes Wachstumstempo in der Industrieproduktion eingeschlagen werden könne, weil es dem 1.Fünfjahrplan gelungen war, bestimmte unerläßliche Voraussetzungen für die Sicherung der ökonomischen Basis der Diktatur des Proletariats zu schaffen.

sich die sowjetische Industrieproduktion dem doppelten Vorkriegsstand und 1953, acht Jahre nach Kriegsende, im Jahr, als Stalin starb, war das dreifache Niveau des Jahres 1939 erreicht.

In all dem äußerte sich die Überlegenheit des sozialistischen Systems. Solange eine revolutionäre Führung da war, welche die Massen zur Festigung und Weiterentwicklung dieses Systems mobilisierte, ergaben sich wahrhaft begeisternde Perspektiven des sozialistischen Aufbaus einer sich mit Riesenschritten in Richtung Kommunismus bewegenden Gesellschaft.

Tatsächlich kann also gar keine Rede davon sein, daß zu Lebzeiten Lenins und Stalins der Sozialismus in der UdSSR gescheitert wäre. Es ist nicht auszudenken, was eine sozialistische Sowjetunion hätte noch hervorbringen und leisten können, wenn, ja wenn sie der Chruschtschow-Revisionismus nicht völlig ruiniert hätte.



In einer Abteilung des Kiewer Werks "Bolschewik" berät eine Agitatorin Anfang der Fünfzigerjahre die Materialien einer Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR mit den Werktätigen.

DER VERRAT DER MODERNEN REVISIONISTEN HAT ZUR RESTAURATION DES KAPITALISMUS IN DER SOWJETUNION GEFÜHRT

Zu Lebzeiten Lenins und Stalins kamen Trotzki, Bucharin und all die anderen Kapitulanten und Liquidatoren des sozialistischen Aufbaus nicht durch . Aber nach dem Tod Stalins konnten die Chruschtschow, Breshnew und ihre Bande in den Vordergrund treten.

Diese konterrevolutionären Doppelzüngler tarnten sich lange hinter lautstarken "Hoch"-Rufen. Als sie ihre Stunde gekommen sahen, rissen sie alles nieder, was die Arbeiterklasse und die werktätige Bauernschaft Rußlands unter Führung der Bolschewiki in einem jahrzehntelangen Kampf unter größten Opfern mit ihrem Blut und Schweiß aufgebaut hatten. Die Arbeiterklasse und die Kommunisten erwiesen sich als nicht stark und wachsam genug, um diesen Frontalangriff abzuwehren. Den verräterischen Chruschtschowisten gelang es, den Widerstand gegen sie niederzumachen und die Macht in der Partei und im Staat zu usurpieren. Sie verwandelten die Diktatur des Proletariats und die proletarische Partei (die sie offiziell für überholt erklären und zum Staat und zur Partei "des ganzen Volkes" erklärten) in ihr Gegenteil. Sie errichteten eine neue reaktionäre Diktatur über die Arbeiterklasse und machten aus der ruhmreichen bolschewistischen Partei einen Klub von Postenjägern, Emporkömmlingen, Karrieristen und Bürokraten, zum Hebel der Machtausübung und Bereicherung einer neuen bürgerlichen Schicht.

Es ist kein Wunder, daß seitdem von der Begeisterung, dem unbändigen Aufbauwillen usw. nichts mehr zu spüren ist. Denn die Menschen haben sehr wohl gemerkt, daß dies nicht mehr ihr Staat ist, daß sie nicht mehr für sich arbeiten, sondern für eine neue ausbeuterische Klasse, die ihnen im Nacken sitzt.

Nachdem sie die Hebel der politischen Macht in Händen hielten, haben die Chruschtschowisten rasch begonnen, die ökonomischen Grundlagen des Sozialismus zu zerstören.

- Unter dem Vorwand, mehr für die Befriedigung der Konsumbedürfnisse der Bevölkerung tun zu wollen, wurde das Primat der Produktion von Produktionsmitteln aufgeweicht. Bei diesem "Gulaschkommunismus" konnten aber nur kurzfristige "Erfolge" herauskommen, weil ohne vorrangige Herstellung von Produktionsmitteln die reibungslose Entwicklung der Ökonomie, die erweiterte Reproduktion, nicht vonstatten gehen konnte, Stagnation und Krisen unvermeidlich wurden.

- Unter dem Schlagwort der "Dezentralisierung" begannen sie die einheitliche Planwirtschaft zu zerstören. Die Betriebe, genauer gesagt, deren faktisch mit unternehmerischen "Freiheiten" ausgestatteten Direktoren und Manager, erhielten nun die "relative Unabhängigkeit" über die Produktion. Damit wurden Disproportionen und krisenhafte Erscheinungen unvermeidlich.

- Die staatlichen Maschinen- und Traktoren-Stationen wurden den einzelnen Kolchosen als Eigentum übergeben. Damit wurde die Landwirtschaft zur Stagnation verurteilt. Die einzelnen Kolchosen konnten nämlich nicht die Mittel für die notwendigen Erneuerungen und Investitionen aufbringen, die allein eine sozialistische Vorwärtsentwicklung hätten gewährleisten können. Statt einen Schritt vorwärts, wurde ein Schritt zurück zum Kapitalismus gemacht. Seitdem befindet sich die Landwirtschaft in Rußland in einer nicht endenwollenden Krise.

- In Bezug auf die "Rentabilität" wurde zu kapitalistischen Maßstäben und Zielen übergegangen. Denen zufolge muß der einzelbetriebliche Gewinn an erster Stelle stehen und müssen "unrentable" Betriebe geschlossen werden, egal ob sie für die volkswirtschaftliche Entwicklung wichtig sind oder nicht. Das konnte nur zur Verstärkung der Krisenerscheinungen führen, weil im Interesse der planmäßigen Entwicklung der Wirtschaft die zeitweilige "Unrentabilität" einzelner Betriebe in Kauf genommen werden muß, um langfristig die sozialistische Planwirtschaft im Interesse der Werktätigen zu entwickeln.

Um das Volk hinters Licht zu führen und über seine eigentlichen Absichten zu betrügen, hatte Chruschtschow seinerzeit versprochen, daß nun alles noch viel besser, daß kommunistischer Überfluß noch rascher erreicht würde usw. usf. Doch das Gegenteil geschah, die Wirtschaft der Sowjetunion taumelte von einer Niederlage in die andere. Die Landwirtschaft, deren "Reform" als Glanzlicht der chruschtschowistischen "Neuerungen" bejubelt worden war, blieb immer weiter zurück. Die Sowjetunion, die früher sogar Getreide exportieren konnte, mußte nunmehr bei den Kapitalisten auf der ganzen Welt, vor allem bei den USA-Imperialisten, um Weizen betteln gehen. Die Lage der Werktätigen verbesserte sich nicht, sondern es setzte eine immer tiefere Klassendifferenzierung ein, die Kluft der Einkommen wurde immer grösser. Korruption und Vetternwirtschaft zur Bereicherung wurden alltäglich. Der Verwaltungsapparat, der früher Schritt für Schritt verkleinert wurde, wurde immens aufgebläht. Spießertum, Stagnation und Fäulnis beherrschen das Bild.

Und das alles konnte und kann nicht anders sein, weil die modernen Revisionisten angetreten sind, um das Rad der Geschichte nicht vor , sondern zurück zu drehen, zurück zum Kapitalismus, zurück zum Profit.

Die von den westlichen Monopolherren begeistert begrüßten und beklatschten "Reformen" Gorbatschows sind nur die logische Konsequenz dieser Rückentwicklung, eine Serie weiterer gewaltiger Schritte auf dem konterrevolutionären Weg. Für die neue Ausbeuterklasse sind sie natürlich vorteilhaft, aber für die Masse der Werktätigen werden die Folgen noch katastrophaler sein.

Fortsetzung auf S.23

J. W. STALIN

ÖKONOMISCHE PROBLEME DES SOZIALISMUS IN DER UdSSR

112 Seiten S 10,-

In diesem Werk hat Stalin 1952 bereits zentrale revisionistische Thesen bekämpft, wie sie dann 1956 von den Chruschtschow-Revisionisten auf dem XX.Parteitag systematisch als konterrevolutionäres Programm dargelegt worden sind.

STALIN GEGEN DIE KAPITALISTISCH-REVISIONISTISCHE SICHT DER "RENTABILITÄT"

Die sogenannte "wirtschaftliche Umgestaltung" Gorbatschows bedeutet, daß nun verstärkt ernst gemacht werden müsse, unrentable Betriebe aufzulösen. Den Ministerien wird verboten, Verluste von Betrieben aus Gewinnen rentabler Unternehmen zu decken. Laut "TASS" müsse sichergestellt sein, "daß es zu einem Einnahmenüberschuß kommt" (zitiert nach "Salzburger Nachrichten").

Mit dieser bereits von Chruschtschow erhobenen Forderung, zeigen Gorbatschow und Co. offen, daß ihr Handeln von gewöhnlichen kapitalistischen Maximen geleitet wird. Dem Kapital geht es nicht um eine planmäßige Wirtschaftsentwicklung, sondern nur um den Profit. Daraus ergibt sich logisch der vor einiger Zeit von dem SP-Kanzler und Banker Vranitzky vor dem "Wirtschaftsforum der Führungskräfte" dargelegte kapitalistische Standpunkt, "daß es auch volkswirtschaftlich unzulässig sei, unrentable Arbeitsplätze durch Zuschüsse zu erhalten." ("Kurier", 20.11.1986)

Diesem kapitalistischen Prinzip, das unvermeidlich zu Massenarbeitslosigkeit und Krisen führt, hat Stalin die Prinzipien der Rentabilität einer sozialistischen Wirtschaft entgegengestellt, deren Ziel die maximale Bedürfnisbefriedigung der Werktätigen ist.

★

Man sagt, die Kollektiv- und Sowjetwirtschaften seien nicht ganz rentabel, sie verschlängen ungeheure Mittel, es hätte gar keinen Sinn, solche Betriebe aufrechtzuerhalten, es wäre zweckmäßiger, sie aufzulösen und nur diejenigen Betriebe aufrechtzuerhalten, die rentabel sind. So können aber nur Leute sprechen, die von den Fragen der Volkswirtschaft, von den Fragen der Ökonomik nichts verstehen. Mehr als die Hälfte der Textilbetriebe war vor einigen Jahren unrentabel. Ein Teil unserer Genossen schlug uns damals vor, diese Betriebe stillzulegen. Wo wären wir hingekommen, wenn wir ihnen gefolgt wären? Wir hätten das größte Verbrechen an dem Lande, an der Arbeiterklasse begangen, denn wir hätten damit unsere aufstrebende Industrie zugrunde gerichtet. Wie haben wir damals gehandelt? Wir haben etwas mehr als ein Jahr gewartet und erreicht, daß die ganze Textilindustrie rentabel wurde. Und unsere Autowerke in der Stadt Gorki? Auch sie sind doch einstweilen unrentabel. Wollen Sie, daß wir sie stillegen? Oder unsere Eisenhüttenindustrie, die ebenfalls einstweilen unrentabel ist? Sollen wir sie etwa stillegen, Genossen? Wenn man die Rentabilität so auffaßt, dann dürften wir nur einige wenige Zweige der Industrie mit voller Kraft entwickeln, und zwar diejenigen, die den größten Gewinn abwerfen, zum Beispiel die Konditoreiwaren-, Mühlen-, Parfümerie-, Wirkwaren-, Spielwarenindustrie usw. Ich bin natürlich nicht gegen die Entwicklung dieser Industriezweige. Im Gegenteil, sie müssen entwickelt werden, da sie für die Bevölkerung gleichfalls notwendig sind. Aber erstens können sie nicht entwickelt werden ohne Maschinen und Brennstoffe, die ihnen die Schwerindustrie liefert. Zweitens kann die Leichtindustrie nicht die Basis der Industrialisierung sein. Darum handelt es sich, Genossen.

Die Rentabilität darf man nicht auf Krämerart, vom Standpunkt des Augenblicks betrachten. Die Rentabilität muß man vom Standpunkt der gesamten Volkswirtschaft in der Perspektive einiger Jahre betrachten. Nur ein solcher Standpunkt kann als wirklich leninistischer, wirklich marxistischer Standpunkt gelten. Und dieser Standpunkt ist obligatorisch nicht nur hinsichtlich der Industrie, sondern in noch höherem Grade hinsichtlich der Kollektiv- und Sowjetwirtschaften. Bedenken Sie doch nur: In nicht mehr als drei Jahren haben wir über 200 000 Kollektivwirtschaften und an die 5000 Sowjetwirtschaften geschaffen, das heißt, wir haben völlig neue Großbetriebe geschaffen, die für die Landwirtschaft von ebensolcher Bedeutung sind wie die großen Werke und Fabriken für die Industrie. Nennen Sie ein Land, das es vermocht hätte, im Verlauf von drei Jahren nicht etwa 205 000 neue Großbetriebe, sondern auch nur 25 000 solche Betriebe zu schaffen. Sie werden es nicht nennen können, denn ein solches Land gibt es nicht und hat es niemals gegeben. Wir aber haben 205 000 neue Betriebe in der Landwirtschaft geschaffen. Und da zeigt sich nun, daß es in der Welt Leute gibt, die verlangen, daß diese Betriebe sofort rentabel werden, und wenn sie nicht sofort rentabel würden, so müsse man sie zerstören und auflösen. Ist es nicht klar, daß die Lorbeeren des Herostrat diese mehr als sonderbaren Leute nicht schlafen lassen?

Stalin, Die Ergebnisse des ersten Fünfjahrplans, SW 13, S.172-174, 1933.

Völlig falsch ist auch die Behauptung, daß in unserer gegenwärtigen ökonomischen Ordnung, in der ersten Phase der Entwicklung der kommunistischen Gesellschaft, das Wertgesetz angeblich die „Proportionen" der Verteilung der Arbeit zwischen den verschiedenen Produktionszweigen reguliere.

Wenn das stimmte, dann ist es unverständlich, warum bei uns nicht die Leichtindustrie als die rentabelste mit aller Macht entwickelt wird, warum ihr nicht der Vorrang gegeben wird vor der Schwerindustrie, die oftmals weniger rentabel und bisweilen überhaupt nicht rentabel ist.

Wenn das stimmte, dann ist es unverständlich, warum bei uns eine Reihe vorläufig noch unrentabler Betriebe der Schwerindustrie, in denen die Arbeit der Arbeiter nicht den „nötigen Effekt" zeitigt, nicht geschlossen wird und nicht neue Betriebe der zweifellos rentablen Leichtindustrie eröffnet werden, in denen die Arbeit der Arbeiter einen „größeren Effekt" zeitigen könnte.

Wenn das stimmte, dann ist es unverständlich, warum bei uns die Arbeiter aus den wenig rentablen, aber für die Volkswirtschaft sehr notwendigen Betrieben nicht in rentablere Betriebe übergeführt werden im Einklang mit dem Wertgesetz, das angeblich die „Proportion" der Verteilung der Arbeit zwischen den Produktionszweigen reguliert.

Es ist offensichtlich, daß wir, wollten wir in die Fußtapfen dieser Genossen treten, uns von dem Primat der Produktion von Produktionsmitteln lossagen müßten zugunsten der Produktion von Konsumtionsmitteln. Was aber bedeutet, sich von dem Primat der Produktion von Produktionsmitteln lossagen? Das bedeutet, unserer Volkswirtschaft die Möglichkeit des ununterbrochenen Wachstums zu nehmen, denn es ist unmöglich, das ununterbrochene Wachstum der Volkswirtschaft zu gewährleisten, ohne zugleich das Primat der Produktion von Produktionsmitteln zu gewährleisten.

Wenn man die Rentabilität nicht vom Standpunkt einzelner Betriebe oder Produktionszweige betrachtet und nicht den Maßstab eines Jahres anlegt, sondern sie vom Standpunkt der gesamten Volkswirtschaft betrachtet und den Maßstab von etwa 10 bis 15 Jahren anlegt, was die einzig richtige Fragestellung wäre, dann steht die zeitweilige und labile Rentabilität einzelner Betriebe oder Produktionszweige in gar keinem Vergleich zu der höheren Form der sicheren und ständigen Rentabilität, die uns die Wirkung des Gesetzes der planmäßigen Entwicklung der Volkswirtschaft und die Planung der Volkswirtschaft gewährleisten, indem sie uns vor den periodischen Wirtschaftskrisen, die die Volkswirtschaft zerrütten und der Gesellschaft gewaltigen materiellen Schaden zufügen, bewahren und uns das ununterbrochene außerordentlich schnelle Wachstum der Volkswirtschaft sichern.

Stalin, Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR, SW 15, S.314/315, 1952.

Fortsetzung von S.21

KEINE ILLUSIONEN ÜBER DAS AUSMASS UND DIE TIEFE DES VERRATS DER MODERNEN REVISIONISTEN NACH DEM TOD STALINS !

Unter einigen unklaren "Linken" gibt es die Kritik an Gorbatschow und seiner Clique, sie würfen mit ihrer "Perestroika" (Umwandlung) und ihrer sogenannten "zweiten Revolution" sozialistische Prinzipien bzw. das, was im heutigen Sowjetrußland noch an Sozialismus vorhanden sei, über Bord. Das ist jedoch eine höchst naive und ignorante Verkennung dessen, was in diesem Land in den letzten 35 Jahren schon geschehen ist. Weder von sozialistischen Prinzipien noch von Elementen des Sozialismus in Staat und Wirtschaft ist dort noch die kleinste Spur vorhanden.

Der Machtantritt des modernen Revisionismus nach dem Tode Stalins, offensichtlich geworden durch den berüchtigten XX. Parteitag der KPdSU im Jahr 1956 bedeutete den Machtantritt der Bourgeoisie. Und damit wurde in der Folge die Umwandlung des Sozialismus in staatsmonopolistischen Kapitalismus vollzogen. - Das ist die Grundlage der Stagnation und Fäulnis der gesamten Wirtschaft und des ganzen gesellschaftlichen Lebens in der Sowjetunion überhaupt, welche dort seitdem unübersehbar festzustellen sind.

Warum wird aber jetzt daran gegangen, zunehmend auch die "sozialistischen" Hülsen zu beseitigen und ganz offen und unverhüllt die kapitalistischen Parolen und Normen zu propagieren ?

Vor allem deswegen, weil selbst diese äußeren Formen und Hülsen ein gewisses Hindernis auf dem Wege der Festigung des herrschenden Ausbeutersystems waren, insbesondere bei der Disziplinierung der Arbeiter durch Entlassungsdrohung und den Druck einer arbeitslosen Reservearmee, beim Abbau der sogenannten "sozialen Lasten", d.h. bei der Abwälzung der Lasten und Folgen der wirtschaftlichen Krise auf die Schultern der Werktätigen.

Unter weitgehend ähnlichen Parolen und mit fast identischer Argumentation geht heute im imperialistischen Sowjetrußland (wo proletarische Sowjets natürlich schon längst nicht mehr existieren !) dasselbe vor sich wie im kapitalistisch-imperialistischen Westen. Das gibt den hiesigen Ausbeutern und ihren Reklamemachern reichlich Gelegenheit zu dem billigen Trick, von den eigenen Verbrechen durch den Hinweis abzulenken: "Aber seht doch, im 'Sozialismus' ist es ja auch nicht anders, wenn nicht noch ärger !"

Für die Völker der ehemals sozialistischen Länder aber wird das Leben noch düsterer und bitterer, wird zugleich damit aber auch die Erkenntnis immer zwingender, daß das sie bedrückende System ebenso wie jenes in den westlichen Ländern durch keinerlei "Umwandlung" oder Reform, sondern nur durch den Tod "kuriert" werden kann, d.h. nur durch die proletarische Revolution, die von der bestehenden fluchwürdigen "Ordnung" keinen Stein auf dem anderen läßt.



Sie wissen, was sie tun

Als Teng Hsiao-ping auf dem jüngsten Parteitag der "K"P Chinas sein konterrevolutionäres "Reformprogramm" auch durch umfangreiche personelle Umbesetzungen und Säuberungen absicherte, entlockte das dem Staberl-Kollegen Kurt Seinitz eine wahre Lobeshymne unter dem Titel "Gut gemacht, Teng !" ("Kronenzeitung", 14.11.1987).

"Selbst ein Gorbatschow" könne von dem "kleinen großen Teng Hsiao-ping" noch was lernen ! - Mit diesem Lustschrei spendet der Staberl-Kollege offenbar das höchste Lob, das er überhaupt zu vergeben hat.

In dieser Euphorie geschieht es dann auch, daß Seinitz die zwar reichlich dümmliche, aber umso bezeichnendere Frage stellt:

"Wissen möcht' ich gern von Teng, ob er wirklich der Meinung ist, die Reformen seien dazu da, um aus China einen starken kommunistischen Staat zu machen, oder ob er nicht genau weiß, wohin der Weg wirklich führt."

Diesselbe Frage könnte die "Kronen-Zeitung" natürlich auch Gorbatschow stellen und sie zu stellen, heißt ja auch schon, sie zu beantworten:

Mögen die Gorbatschows und Tengs auch noch so viel von Sozialismus und Kommunismus faseln - das, was sie tun, hat mit Sozialismus und Kommunismus wahrlich nicht das Mindeste zu tun. Es ist nur die immer hemmungslosere Verschärfung ihres Kurses der Konterrevolution nach innen und außen. Und selbstverständlich wissen diese Verbrecher ganz genau, was sie tun und wohin die Reise geht !

IDEOLOGISCHE DEBATTE



ZUR FRAGE DER ARBEITERKONTROLLE

In der RF ist in dem Artikel "WASSERTRÄGER DER BOURGEOISIE ! - KPÖ-Revisionisten, Trotzkisten und 35-Stunden-Woche" die folgende Passage enthalten, nachdem zuvor auf den Reformismus der "K"PÖ eingegangen wurde:

Bei ihren fieberhaften Anstrengungen, die Tageskämpfe auszunützen, um den Arbeitern den Reformismus zu "lehren", wird den KPÖ-Revisionisten von den Trotzkisten sekundiert. Deren Zauberformel lautet: "Arbeiterkontrolle !" So propagiert etwa die trotzkistische "IKL":

> "Weniger Arbeit - aber für alle - Unter Arbeiterkontrolle !" ("permanente revolution", Nr. 51, S.4)

Die trotzkistische "Abgrenzung" vom KPÖ-Revisionismus hat nur den Zweck, den eigenen, bloß der Form nach "linkeren" Reformismus anzubieten:

> "ARBEITERKONTROLLE OBER DIE BANKEN UND INDUSTRIE... Das wäre drei Viertel auf dem Weg, die kapitalistische Profitlogik, die zu Arbeitslosigkeit und Elend führt, zu brechen. Kontrolle über die Geschäfte des Kapitals, seine Industrie- und Lohnpolitik - nicht, um 'mitbestimmlerisch' die kapitalistische Produktion mitzuverwalten, sondern um ihr m e h r u n d m e h r an Interessen der Arbeiterklasse entgegenzustellen." (Ebenda, S.3, Großschreibung und Unterstreichung im Original)

Ganz in diesem trotzkistischen Fahrwasser heißt es auch in der "Betriebszeitung der Gruppe oppositioneller Arbeiter" bei General Motors in Wien:

> "Was fehlt, sind Konzepte und Strategien, die Verfügungsgewalt der Unternehmer über die Industrie anzugreifen... Die Gewerkschaft müßte daher um die Kontrolle über die Produktion kämpfen, damit sie über Arbeitszeiten und Arbeitsrhythmen, Umstrukturierungen und Einführung neuer Technologien alleine bestimmen kann." ("Betriebszeitung" Nr.8/84, S.2)

In der Tat propagieren die "IKL" ebenso wie die anderen Schüler Trotzkis den gleichen sozialdemokratischen Reformismus wie "linke" SPÖ-ler oder die KPÖ - "bloß anders". Mittels der "Arbeiterkontrolle" wollte schon Trotzki glauben machen, sei es möglich,

> "von der Konsumtionskontrolle... zur Produktionskontrolle überzugehen und von dieser zur unmittelbaren Produktionsleitung, je nach der allgemeinen Entwicklung der Revolution." (Trotzki, "Was nun?", S.100)

So "verlegt" der Trotzkismus die Frage der Revolution als gewaltsame Zerschlagung des Staatsapparates in die schrittweise "Entwicklung der Revolution" am Arbeitsplatz und im Betrieb !

Ob KPÖ-Revisionisten oder Trotzkisten, die einen wie die anderen betrügen die Arbeiter im Interesse der Bourgeoisie mit ihrem Geschwätz, daß unter der Herrschaft des kapitalistischen Staates, also unter der Diktatur der Bourgeoisie, "mehr und mehr", d.h. schrittweise, die Macht der Arbeiterklasse hervorwachse.

Dazu erhielten wir den folgenden Leserbrief:

Anfrage an die Redaktion der ROTEN FAHNE zu RF Nr.216, S.34

Richtig werden hier Trotzki und die Revisionisten kritisiert, weil sie die Notwendigkeit der proletarischen Revolution, der gewaltsamen Zerschlagung des imperialistischen Staatsapparats und die Errichtung der Diktatur des Proletariats ablehnen, stattdessen ihre Zauberformel "Arbeiterkontrolle" propagieren.

Unsere Fragen dazu: Propagieren die Kommunisten nicht auch unter bestimmten Bedingungen die Arbeiterkontrolle ? Wann ? In welchem Rahmen und unter welchen Bedingungen ist es angebracht, von Arbeiterkontrolle zu sprechen ?

Lenin hat in der Zeit der Doppelherrschaft und danach in der proletarischen

Revolution von der A r b e i t e r k o n t r o l l e über die Produktion und die Verteilung der Produkte gesprochen. Er betonte aber:

> "Diese Maßnahme ist kein Sozialismus, sie ist eine Übergangsmaßnahme..." (Lenin, Rede zur Resolution über die gegenwärtige Lage, April 1917, LW 24, S.300)

Kurz nach dem Sieg der Oktoberrevolution stellte Lenin fest:

> "Sagen wir 'A r b e i t e r k o n t r o l l e' und stellen dabei diese Losung immer n e b e n die Diktatur des Proletariats, immer i m A n s c h l u ß an sie, so machen wir damit klar, von welchem Staat die Rede ist. Der Staat ist das Organ der Herrschaft einer K l a s s e ." (Lenin, Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten ?, Oktober 1917, LW 26, S.88, Sperrungen im Original)

Stalin verwendet diesen Begriff auch. In "Über den englischen Streik und die Ereignisse in Polen" schreibt Stalin im Zusammenhang mit den Lehren des Generalstreiks in England 1926:

> "Die Krise in der Kohlenindustrie in England und der damit zusammenhängende Generalstreik stellen die Frage der Sozialisierung der Produktionsinstrumente und -mittel in der Kohlenindustrie bei gleichzeitiger Errichtung der Arbeiterkontrolle auf die Tagesordnung. Das ist die Frage des Kampfes um den Sozialismus. Es braucht wohl kaum bewiesen zu werden, daß es keinen anderen Weg zur restlosen Überwindung der Krise in der Kohlenindustrie gibt noch geben kann als den von der englischen Kommunistischen Partei vorgeschlagenen Weg." (SW 8, S.146, abgedruckt auch in RF 217, S.26)

Da wir wenig von der damaligen KP Englands wissen, könnt ihr uns vielleicht erklären oder Dokumente zuschicken, worin der "von der englischen KP vorgeschlagene Weg" genauer erklärt und aufgezeigt wird. War es der Weg für den Kampf für den Sozialismus, oder war die Sozialisierung der Produktion vorher gemeint ?



Antwort der RF-Redaktion:

Zu Euren Fragen zur Arbeiterkontrolle.

In der Tat besteht der Gegensatz zwischen Trotzkismus und Leninismus keineswegs darin, daß erstere von der Arbeiterkontrolle reden, letztere aber nicht. Das machen schon die von Euch selbst angeführten Zitate von Lenin und Stalin deutlich. Entscheidend ist vielmehr wirklich, in welchem Rahmen und unter welchen Bedingungen es richtig ist, die Arbeiterkontrolle zu propagieren bzw. die praktische Durchführung der Arbeiterkontrolle auf die Tagesordnung zu setzen.

Lenin stellte in Rußland ab April 1917 die Aufgabe der Einführung der Kontrolle über die gesellschaftliche Produktion und die Verteilung der Produkte im Zusammenhang mit dem Übergang von der ersten Etappe der Revolution, zur zweiten, zur Etappe der sozialistischen Revolution.

Die Arbeiterkontrolle war eine der Übergangsmaßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiet. Andere Übergangsmaßnahmen waren die Nationalisierung des gesamten Bodens im Land bei Konfiskation der Ländereien der Gutsbesitzer, Verschmelzung aller Banken zu einer Nationalbank, Einführung der Kontrolle über die Nationalbank durch den Sowjet der Arbeiterdeputierten.

Hierbei sind vor allem zwei Dinge zum richtigen Verständnis wesentlich:

Erstens stellte Lenin die Frage der Verwirklichung der Arbeiterkontrolle nicht in "gewöhnlichen Zeiten" der reaktionären Herrschaft, sondern in einer Zeit der revolutionären Krise, zu einer Zeit, als der Übergang zur sozialistischen Revolution unmittelbar anstand.

Zweitens verknüpfte Lenin die Verwirklichung der Arbeiterkontrolle untrennbar mit der Machtergreifung der Arbeiterklasse, der Errichtung der Diktatur des Proletariats.

Der Angelpunkt für die Durchführung des Katalogs von Übergangsmaßnahmen war eben die Machtfrage:

> ■ "Eine planmäßige und erfolgreiche
> ■ Durchführung aller erwähnten Maßnahmen

ist nur möglich, wenn die gesamte Staatsmacht in die Hände der Proletarier und Halbproletarier übergeht." (Lenin, Resolution über ökonomische Kampfmaßnahmen gegen die Zerrüttung, LW 24, S.518, Mai 1917)

Ohne proletarische Staatsmacht ist alles Gerede über "Kontrolle" in Wirklichkeit Augenwischerei, ja Betrug.

In der Anfrage wird ein Zitat Lenins angeführt, daß die Arbeiterkontrolle "kein Sozialismus" sei, sondern eine "Übergangsmaßnahme".

Das darf keinesfalls so aufgefaßt werden, daß die Arbeiterkontrolle auch unter den Bedingungen der bürgerlichen Staatsmacht zu verwirklichen sei. Vielmehr besagt das: Die Durchführung der Arbeiterkontrolle, die planmäßig und erfolgreich nur mit Errichtung der proletarischen Diktatur möglich ist*, ist ihrem ökonomischem Charakter nach noch keine sozialistische Maßnahme, insofern es "nur" proletarische Kontrolle über Betriebe bedeutet, deren sozialistische Nationalisierung erst noch bevorsteht.

Die Arbeiterkontrolle ist also ein Schritt h i n zum Sozialismus, eine Übergangsmaßnahme zur proletarischen Nationalisierung. Dieser Charakter der Arbeiterkontrolle als Kontrolle der bereits als herrschende Klasse organisierten Arbeiterklasse über zunächst noch nicht sozialisierte Betriebe** zeigt sich deutlich anhand des "Dekrets über die Arbeiterkontrolle" der jungen Sowjetmacht.

Kommen wir nun zu der in der Anfrage ebenfalls angesprochenen Passage, wo Stalin im Zusammenhang mit dem englischen Generalstreik auch von der Arbeiterkontrolle spricht.

Wir können hier nichts zu dem von der englischen KP vorgeschlagenen Weg sagen.***

Aus der zitierten Passage geht jedoch eindeutig hervor, daß Stalin n i c h t irgendeine Sozialisierung "vorher", d.h. vor der Errichtung der Diktatur im Auge hat. Denn sowohl die Frage der Sozialisierung der Produktionsinstrumente und -mittel als auch die Errichtung der Arbeiterkontrolle ist, wie Stalin im nächsten Satz feststellt, "die Frage des Kampfes um den Sozialismus". "Die Krise in der Kohlenindustrie und der Generalstreik führen die englische Arbeiterklasse unmittelbar an die Frage der praktischen Verwirklichung des Sozialismus heran." (Stalin, SW 8, S.146).

Außerdem verknüpft Stalin die Frage der Sozialisierung und der Arbeiterkontrolle, die Frage des Kampfes um den Sozialismus, unmittelbar mit der Frage der politischen Macht. Stalin betont anhand der eigenen Erfahrungen der englischen Arbeiterklasse,

"daß das Haupthindernis auf dem Wege zum Ziel die politische Macht der Kapitalisten ist,.. daß in ihrem schweren Kampf gegen das organisierte Kapital die Machtfrage jetzt die Hauptfrage ist, daß ohne die Lösung der Machtfrage weder die Krise in der Kohlenindustrie noch überhaupt die Krise in der gesamten Industrie Englands überwunden werden kann."
(SW 8, S.146, abgedruckt auch in RF 217, S.26)

Über die Frage der Arbeiterkontrolle hat es seinerzeit auch in der Kommunistischen Internationale und ihren einzelnen Sektionen heftige Auseinandersetzungen gegeben. Im Ergebnis dieser Debatten und der Zurückweisung von Abweichungen verschiedener Art hat das Programm der KI von 1928, verabschiedet auf dem VI.Weltkongreß der Komintern, Bedeutung und Stellenwert der "Arbeiterkontrolle" korrekt zusammengefaßt. Das KI-Programm umreißt ganz klar, unter welchen Voraussetzungen und zu welchem Zweck Übergangslosungen wie "Arbeiterkontrolle !" aufgestellt werden dürfen, aufgestellt werden müssen:

"Beim Heranreifen einer revolutionären Situation stellt die Partei eine Reihe von Übergangslosungen auf und erhebt entsprechend den gegebenen Verhältnissen Teilforderungen, die sie ihrem revolutionären Hauptziel, der Eroberung der Macht und dem Sturz der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung unterordnen muß...

Im Falle eines r e v o l u t i o n ä r e n A u f s c h w u n g e s , wenn die herrschenden Klassen desorganisiert, die Massen im Zustande revolutionärer Gärung sind, wenn die Mittelschichten dem Proletariat zuneigen und die Massen sich kampf- und opferbereit erweisen, hat die proletarische Partei die Aufgabe, die Massen zum Frontalangriff gegen den bürgerlichen Staat zu führen. Erreicht wird dies durch die Propagierung stufenweise gesteigerter Übergangslosungen (Arbeiterräte, Arbeiterkontrolle der Produktion, Bauernkomitees zur gewaltsamen Aneignung des grundherrlichen Bodens, Entwaffung der Bourgeoisie und Bewaffnung des Proletariats usw.) und durch die Organisierung von M a s s e n a k t i o n e n" (Programm der KI, Marxistisch-Leninistische Schriftenreihe, S.70/71, Sperrungen im Original)

Die Voraussetzung der Propaganda von Übergangslosungen ist also das "Heranreifen einer revolutionären Situation", "ein revolutionärer Aufschwung". Ihr Zweck ist die Steigerung der revolutionären Aktivität der Massen in der Richtung des bewaffneten Aufstands gegen die Staatsgewalt der Bourgeoisie (vgl. ebenda, S.71).

F e h l t diese Voraussetzung, so dürfen Übergangslosungen n i c h t aufgestellt werden:

"Wenn k e i n r e v o l u t i o n ä r e r A u f s c h w u n g vorhanden ist, müssen die kommunistischen Parteien, ausgehend von den Tagesnöten der Werktätigen, T e i l l o s u n g e n u n d T e i l f o r d e r u n g e n aufstellen und sie mit den Hauptzielen der Kommunistischen Internationale verknüpfen. Hierbei dürfen aber die Parteien nicht solche Ü b e r g a n g s l o s u n g e n aufstellen, die das Vorhandensein einer revolutionären Situation zur Voraussetzung haben und in einer anderen Situation zur Losung des Verwachsens mit dem System kapitalistischer Organisationen werden (z.B. die Losung der Produktionskontrolle und ähnliche). Teilforderungen und Teillosungen sind die absolute Bedingung einer richtigen Taktik, während eine Reihe von Übergangslosungen untrennbar an das Vorhandensein einer revolutionären Situation gebunden sind."
(KI-Programm, ebenda, S.72, Sperrungen im Original)

Übergangslosungen wie "Arbeiterkontrolle" haben in der marxistisch-leninistischen Theorie der proletarischen Revolution also einen bestimmten, genau eingegrenzten Platz, sie sind unter bestimmten Voraussetzungen ein Hilfsmittel zur Verwirklichung der entscheidenden revolutionären Aufgabe, des bewaffneten Aufstands zur Zerschlagung des bürgerlichen Staats und der Errichtung der revolutionären Diktatur des Proletariats. Die systematische Erziehung des Proletariats und der werktätigen Massen überhaupt zur gewaltsamen proletarischen Revolution, der Nachweis ihrer Notwendigkeit und ihres Nutzens, muß Kernpunkt jeder wirklich revolutionären Agitation und Propaganda sein.

---

* Bereits vor dem Sieg der Oktoberrevolution erzwangen die Arbeiter im Sommer und Herbst 1917 stellenweise eigenmächtig die Arbeiterkontrolle ebenso wie sie auch den achtstündigen Arbeitstag erzwangen und ebenso wie die Bauern in Befolgung der bolschewistischen Parolen schon vor dem Oktober eigenmächtig das Land der Gutsbesitzer besetzten. In solchen Fällen war die Arbeiterkontrolle für das Proletariat das unmittelbare Vorspiel zur Machtergreifung und zur Besitzergreifung der Industrie.

** Das Proletariat, das seine revolutionäre Diktatur errichtet hat, kann nicht sofort, nicht auf einen Schlag die gesamte Wirtschaft nationalisieren. Während die entscheidenden Kernbereiche der Wirtschaft, die Banken, die Großindustrie, der Großhandel von der siegreichen Arbeiterklasse unmittelbar enteignet und in Volkseigentum verwandelt werden, werden andere Teile des Kapitals erst im Zuge der Fortsetzung des Klassenkampfes unter der Diktatur des Proletariats enteignet werden können. (Die Masse der Kleinproduzenten wird mittels Überzeugung und Vorbildwirkung auf den Weg des sozialistischen Kollektivismus überführt).

(In der RF 211, S.44-50 sind wir auf diese Frage, die eng mit dem Problem der "Neuen Ökonomischen Politik (NÖP)" verbunden ist, näher eingegangen im Teil IV der Kritik an Enver Hoxhas "Imperialismus und Revolution" unter dem Titel: "REVISIONISTISCHE POSITIONEN ZU GRUNDFRAGEN DER ENTWICKLUNG DES SOZIALISMUS UND REVISIONISMUS".)

***Allerdings werden wir im Zuge der anstehenden kritischen Aufarbeitung der Erfahrungen der Kommunistischen Internationale noch sehr ausführlich und wiederholt auf Programme der Sektionen der KI zurückkommen, darunter sicherlich auch auf die Linie der KP Englands.